



Nr. 03 / Oktober 2015

---

---

# DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein

**DER ALTE NORDEN**

**SCHLESWIG-HOLSTEIN**

**UND DER DEMOGRAPHISCHE WANDEL**



## INHALT

**DEMOGRAPHISCHER WANDEL** 4 – 8

„Der alte Norden“: Drei Trends	4
Fakten und Folgerungen: Sechs Fachpolitiker nehmen Stellung	5
Altenparlament 2015 fordert ein „neues Miteinander“	7
Flüchtlingsbeauftragter Stefan Schmidt: Deutschland wird bunt	8

Meldungen fürs Ehrenamt / Initiativen zur Wahl- und Bürgerbeteiligung	9
---	---

<b>Ausschüsse I:</b> PUA, NORLA, JVA	10
---	----

<b>Ausschüsse II:</b> Ostsee, Nordschleswig, Niederdeutsch	11
--	----

**IM ZENTRUM** 12 – 13

Blick ins Gästebuch des Landtages	
-----------------------------------	--

**PLENARBERICHTE** 14 – 15

Harte Zeiten für Honigbienen	14
Flüchtlinge: Bekenntnis zum Grundgesetz einfordern?	15

<b>Im Rückblick:</b> 1990 verbannte der Landtag die Banneile	16
--	----

<b>Personalien</b>	18
--------------------	----

<b>Der Landtag in Leichter Sprache:</b> Streit übers Naturschutz-Gesetz	19
--	----

<b>„Gorch Fock“:</b> Kadetten berichten	20
--	----

<b>Ins Bild gerückt:</b> Zu Besuch im Landeshaus	21
---	----

<b>Im Portrait:</b> Jürgen Weber (SPD) und Patrick Breyer (Piraten)	22
---	----

<b>Termine I:</b> Kunstaussstellung zeigt Andy Warhol; Zukunftskongress, Ostseeforum	23
--	----

<b>Termine II:</b> Das Landtagsjahr 2016	24
---	----

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

als sich die Redaktion in die Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung vertiefte, wurde unserer Volontärin, Jahrgang 1985, mulmig zumute. Der demographische Wandel bedeutet für sie: steigende Sozialbeiträge, hohe Gesundheitskosten und voraussichtlich eine niedrige Rente. Auch für das Bildungssystem, für den Wohnungsbau oder für die Grundversorgung auf dem Dorf wird es Folgen haben, wenn es immer mehr Senioren und immer weniger Jüngere gibt. Wie reagiert die Politik? Wir haben unter den Landtagsabgeordneten nachgefragt. Und wir blicken auf das Altenparlament, das Ende September im Landtag zusammenkam.

Viele Flüchtlinge, die ins Land kommen, sind jung. Darin liegt eine große Chance, sagt der Flüchtlingsbeauftragte Stefan Schmidt im Gespräch mit der Landtagszeitschrift. Der Landtag hat sich in diesem Herbst mehrfach mit den Menschen befasst, die hierher fliehen. Es ging darum, wie Schleswig-Holstein die vielen Zuwanderer integrieren kann. Aber auch um die hohe Belastung für Kommunen und freiwillige Helfer. Die unterschiedlichen Positionen finden Sie ebenfalls in diesem Heft.

Wir wünschen eine interessante Lektüre!

Ihre Redaktion

**Blickpunkt 29. November:****Große Mehrheit für Olympia 2024**

**Im Landtag gibt es breite Unterstützung für Olympia 2024 in Hamburg und am Segelstandort Kiel. Einzig die Piraten waren in der Oktober-Tagung dagegen.**

Mit Blick auf die Bürgerabstimmungen in beiden Städten am 29. November werben Koalition, CDU und FDP in einem gemeinsamen Antrag für Zustimmung. „Eine Olympiabewerbung ist eine umfassende Herausforderung und gleichzeitig eine starke Antriebskraft für das ganze Sportland Schleswig-Holstein“, betonte Jürgen Weber (SPD). Die Befürworter erwarten ein „großes Fest“ und massive Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Das Kieler Konzept sei nachhaltig und die Finanzierung solide durchgerechnet, hieß es. Die Landeshauptstadt veranschlagt Ausgaben



„O24K“ – das Logo der Landeshauptstadt für Olympia 2024 in Kiel

von 146 Millionen Euro. Allerdings müsse auch der Bund „einen wesentlichen Anteil tragen“, forderte Weber. Die dann noch verbleibenden Kosten wollen sich Stadt und Land teilen.

Neben Kiel ist der Golfplatz in Gut Kaden bei Alveslohe (Kreis Segeberg) Teil der Hamburger Bewerbung. Hans-Jörn Arp (CDU) hoffte auf weitere Wettkämpfe in Schleswig-Holstein, etwa Handball in Kiel und Flensburg, Beachvolleyball am Timmendorfer Strand oder Schießen in Norderstedt. „Hierfür werden wir in Hamburg werben müssen“, merkte Innenminister Stefan Studt (SPD) an.

Pirat Wolfgang Dudda mahnte: „Das Geld wird wahrlich an anderen Stellen gebraucht“, etwa für Bildung oder Flüchtlinge. Ob der Norden den Zuschlag für Olympia und Paralympics erhält, entscheidet sich beim IOC-Kongress im September 2017 in der peruanischen Hauptstadt Lima. Mitbewerber sind Los Angeles, Paris, Rom und Budapest.

(Drucksache 18/3423)



## Umbau der HSH Nordbank: Kein Grund zur Entwarnung

**Mit Erleichterung, aber auch mit warnenden Worten, haben die Fraktionen im Landtag Mitte Oktober auf die EU-Entscheidung zur HSH Nordbank reagiert.**

Nach jahrelangen Verhandlungen haben sich die Regierungen von Schleswig-Holstein und Hamburg mit Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager über den Umbau des angeschlagenen Geldinstituts verständigt. Der Plan: Die Bank darf sich von faulen Schiffskrediten im Wert von acht Milliarden Euro trennen. Davon sollen bis zu 6,2 Milliarden Euro an die Länder gehen. Und: Die HSH soll in eine Holdinggesellschaft und eine operative Tochtergesellschaft aufgespalten werden. Die operative Gesellschaft soll die laufenden Geschäfte weiterführen und spätestens 2018 verkauft werden. Gelingt das nicht, muss sie ihre Geschäfte auslaufen lassen. Die EU-Kommission sowie Regierungen und Parlamente beider Länder müssen das Ergebnis noch offiziell billigen.

Im Landtag werden vor allem die Folgen für den Landeshaushalt diskutiert. Denn: Schleswig-Holstein soll für die Altlasten der Bank einstehen und erhält zudem von der HSH weniger Gebühren für die Nutzung des Rettungsschirms, mit dem die Länder ihre ehemalige Landesbank seit 2009 stützen. Dies sei „ein bitterer Preis“, aber das Landesvermögen werde „größtmöglich geschont“, und die Bank könne weiter am Markt agieren, hieß es bei SPD, Grünen und SSW. Alles hätte noch schlimmer kommen können, aber das sei „kein Grund zum Aufatmen“, so der Tenor bei CDU und FDP. Und die Piraten kritisierten: „Die Bank wird in eine schlechte und eine noch schlechtere Bank aufgeteilt.“

### WORTWÖRTLICH:



*„Der Maßstab, den ich in diesem Winter setze für unsere Verwaltung, ist: Dass die Menschen, die zu uns kommen, so wenig wie möglich frieren, dass sie so wenig wie möglich hungern. Diesen Satz hätte ich vor einem halben Jahr mit Abscheu und Empörung zurückgewiesen. Aber mehr wird nicht gehen.“*

*(Ministerpräsident Torsten Albig, SPD)*



*„Eine Million Flüchtlinge, das ist zu schaffen, davor haben die Menschen keine Angst. Die Menschen haben aber Angst davor, dass jedes Jahr so viele Flüchtlinge kommen.“*

*(Oppositionsführer Daniel Günther, CDU)*



*„Wir sparen ungewollt an unserer eigenen Zukunft, weil wir so wenige Kinder bekommen. Die Hälfte der Flüchtlinge, die zu uns kommen, ist unter 25. Was ist das für eine großartige Chance, die wir da vor uns haben?“*

*(Ralf Stegner, SPD)*



*„Es hilft nicht, den Bürgern zu erzählen, sie sollten für die Flucht der Menschen, die vor Krieg und Terror geflohen sind, dankbar sein, weil sie nicht nur den demographischen Wandel umkehren, sondern als ‚Vitaminspritze‘ gleich auch noch unsere Sozialsysteme retten werden.“*

*(Wolfgang Kubicki, FDP)*



*Aus der Debatte zur Flüchtlingspolitik am 15. Oktober.  
Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 8 und 15.*



## Ein Wettbewerb und viele Gespräche in Neumünster

Schlie trifft Schlange: Landtagspräsident Klaus Schlie schaute Ende September bei der „Challenge“ von Radio Schleswig-Holstein (R.SH) in Neumünster vorbei. Auf dem Großfleck streichelte er die Boa Constrictor „Kaa“, die im Tierpark der Schwalestadt lebt. Tierpark-Chefin Verena Kaspari und R.SH-Moderator Volker Mittmann kümmerten sich ebenfalls um das Reptil. Unter dem Dschungelbuch-Motto „Probier’s mal mit Gemütlichkeit“ hatte R.SH der Stadt die Aufgabe gestellt, auf dem zentralen Platz einen kleinen Urwald aufzubauen und die Tiere der Geschichte um Mogli und Balu nachzustellen. 2.000 Neumünsteraner halfen mit, und die „Challenge“ wurde in den zur Verfügung stehenden fünf Stunden mit Bravour gewonnen.

Zudem besuchte der Landtagspräsident die zentrale Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Neumünster. Dort bedankte sich Schlie bei den ehrenamtlichen Helfern und den hauptamtlichen Kräften, die trotz der enormen Belastung für einen geordneten Ablauf in der Unterkunft sorgen. Außerdem zeichnete Schlie vier Neumünsteraner für ihr Engagement bei der Flüchtlingsaufnahme mit einem Silberteller aus. Die Stadt sei derzeit in besonderem Maße gefordert, das werde im Land dankbar registriert, sagte Schlie.

## Neuer Fähranleger am Landtag



Das Landeshaus ist seit Ende August wieder an den Fährverkehr angeschlossen. Ein Jahr lang war die Reventloubrücke an der Kieler Förde wegen Umbau gesperrt, und die Passagierschiffe mussten auf die mehrere hundert Meter entfernte Blücherbrücke ausweichen. Nun bietet die neue Reventloubrücke einen barrierefreien Zugang zur Linie Hauptbahnhof-Laboe (März bis Oktober) sowie zur Schwentine-Linie ans Kieler Ostufer (ganzjährig).

# Der alte Norden

**Der demographische Wandel ist für Schleswig-Holstein keine abstrakte Größe, sondern schon jetzt Realität. Studien nennen drei Trends:**

**Wir werden weniger** – Die Einwohnerzahl der Bundesrepublik wird bis zum Jahr 2030 trotz der steigenden Zahl von Einwanderern um eine halbe Million zurückgehen, auf weniger als 80 Millionen. 2060 könnten es dann nur noch 65 Millionen sein. Das geht aus einer Studie der Bertelsmann-Stiftung hervor. Hauptgrund: die niedrige Geburtenrate von durchschnittlich 1,4 Kindern pro Frau. Der Rückgang fällt allerdings regional unterschiedlich aus. Betroffen sind vor allem die ländlichen Regionen Ostdeutschlands.

**Wir ziehen in die Stadt oder in den Süden** – Große Städte wie Hamburg und Berlin werden weiter wachsen. Auch in den südlichen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg leben in Zukunft mehr Menschen als heute. Für Schleswig-Holstein liegen unterschiedliche Zahlen vor. Der Bertelsmann-Studie zufolge kann das Land bis 2030 ein leichtes Wachstum von 0,4 Prozent oder 10.000 Einwohnern verzeichnen. Es gäbe dann 2,82 Millionen Schleswig-Holsteiner. Grund für diese Annahme: Senioren aus ganz Deutschland suchen sich einen Altersruhesitz am Meer. Das Statistikamt Nord geht hingegen davon aus, dass die Bevölkerungszahl im Lande nach 2020 kontinuierlich sinkt, auf gut 2,7 Millionen im Jahr 2035. Innerhalb des Landes erwarten die Bertelsmann-Forscher eine wachsende Kluft. In Orten im Hamburger Speckgürtel wie Glinde (+25,3 Prozent) oder Bargtheide (+12,3 Prozent) klettert die Einwohnerzahl nach oben. Ländliche Gemeinden schrumpfen dagegen.

**Wir werden älter** – Die Zahl der Hochbetagten über 80 Jahre wird in Schleswig-Holstein bis zum Jahr 2030 stark ansteigen – um 69 Prozent. Statt 145.600 wären das 245.800 Menschen in dieser Altersgruppe. Vor allem das platte Land wird zum alten Land. Ein deutschlandweiter Spitzenreiter ist die Gemeinde Kropp im Kreis Schleswig-Flensburg. Dort wird es 2030 fast dreimal so viele Hochbetagte geben wie heute. Grömitz in Ostholstein wird mit einem Durchschnitt von 62,1 Jahren eine der ältesten Kommunen Deutschlands sein. Demgegenüber gehören die Uni-Städte Kiel und Flensburg mit 43 Jahren zu den jüngsten in ganz Deutschland. Insgesamt geht die Zahl der Schleswig-Holsteiner im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 laut Statistikamt von derzeit knapp 1,7 Millionen auf etwa 1,4 Millionen im Jahr 2035 zurück.



# Fakten und Folgerungen: Was müssen wir ändern?

Sechs Landtagsabgeordnete nehmen Stellung

## Thema Ehrenamt:

Die fünf traditionellen Landtagsparteien CDU, SPD, Grüne, FDP und SSW hatten in Schleswig-Holstein im Jahr 2005 zusammen knapp 60.000 Mitglieder. Aktuell sind es etwa 46.000. +++ In den großen Parteien CDU und SPD sind mehr als die Hälfte der Mitglieder über 60 Jahre alt. Nur rund fünf Prozent sind unter 30.

### Wie kann die Politik künftig Nachwuchs für das politische Ehrenamt rekrutieren?

„Entscheidend wird sein, dass wir in unserer Gesellschaft auf möglichst vielen Erziehungs- und Kommunikationswegen alle Anstrengungen unternehmen, um mehr für das Wecken von politischer Meinungs- und Willensbildung sowie Engagement in der Politik zu tun. Parteien müssen sich weiter bei der Meinungsfindung für die Bürger öffnen. Die Jugendorganisationen der Parteien benötigen ausreichend Fördermittel, um junge Menschen für Politik zu interessieren und auch zur Übernahme von Verantwortung zu bewegen.

Auch die Schule und die Jugendeinrichtungen sind sehr wichtige Institutionen. Insbesondere der Unterricht im Bereich Wirtschaft, Politik und Sozialkunde ist hier in der Pflicht. Politische Organisationen wie Parteien, Jugendorganisationen oder Verbände sollten vermehrt im Schulalltag einen Raum für aktuelle Diskussionen erhalten.

Aus eigener Erfahrung kann ich berichten, dass das ‚Planspiel Politik‘ (Vorbereitung durch die Schule, Gespräch mit Abgeordneten, Besuch in der Stadtvertretung/Gemeindevertretung, Kreistag, Landtag) ein sehr wirksames Mittel ist, um Schülerinnen und Schüler an Politik heranzuführen.

In Städten und Gemeinden werden u.a. ‚Schnupperkurse‘ zur Kommunalpolitik angeboten. Alteingesessene Politiker nehmen den Nachwuchs an die Hand, vermitteln ihr Wissen und sorgen gleichzeitig dafür, dass die jungen Leute nicht überfrachtet werden. Sollte der Nachwuchs dann doch aus beruflichen Gründen abwandern, ist es nicht tragisch. Der Stadt oder Gemeinde geht der Politiker verloren, der Partei aber nicht.“

Petra Nicolaisen, CDU,  
kommunalpolitische Sprecherin

## Thema Infrastruktur:

Im Jahr 2006 gab es in Deutschland 51.145 Lebensmittelgeschäfte. In diesem Jahr sind es nur noch 36.655. +++ 47.244 Bank- und Sparkassenfilialen zählten die Statistiker in Deutschland im Jahr 2003. 2014 waren es noch 35.303.

### Wie kann die Versorgung des ländlichen Raums gewährleistet werden?

„Um den ländlichen Raum attraktiv zu erhalten, müssen wir neue Wege gehen und vernetzt denken. Menschen wohnen dort, wo Arbeitsplätze vorhanden sind, die Grundversorgung und ein Bildungsangebot gesichert sind.

Ein Baustein intelligenter Vernetzung ist die Einrichtung von Markttreffs, wo unter anderem eingekauft, gelernt, gesurft und geklönt werden kann. Ein zentraler Treffpunkt in der Gemeinde, der durch seine häufig genossenschaftliche Struktur auch die Identifikation mit dem Ort stärkt. Für Menschen, die nicht mobil sind, ist ein Lieferservice für Lebensmittel eine Möglichkeit, die schon häufig angeboten wird. Mobile Bankfilialen wären ein weiteres Element.

Wenn die Betriebe nicht aufs Land gehen, so kann doch die Arbeit in den Dörfern erledigt werden. Heimarbeitsplätze, komplett oder an einigen Tagen, sind das Stichwort. Voraussetzung ist ein Breitbandausbau, den die Landesregierung in den nächsten Jahren noch intensiver voran bringen wird.

Auch bei der Verkehrsinfrastruktur müssen wir neue Wege gehen, weil ein flächendeckender Regionalverkehr wie bisher bei weniger Kunden nicht aufrechterhalten werden kann. Aber mit Busverbindungen auf Hauptstrecken und an den Zusteigehaltstellen Stellplätze und Ladeeinrichtungen für E-Bikes und E-Autos erhalten wir Mobilität. Bürgerbusse, Ruf- und Sammeltaxis können das Modell ergänzen.

Im Moment zeichnet sich eine weitere Chance für den ländlichen Raum ab. Auch in den Gemeinden auf dem Land kommen Flüchtlinge an, die dort von zahlreichen Ehrenamtlichen willkommen geheißen werden. Viele von ihnen werden bleiben dürfen und können als neue EinwohnerInnen unsere Dörfer bunt und lebendig mit gestalten.“

Ines Strehlau, Grüne,  
kommunalpolitische Sprecherin



Ines Strehlau:  
„Intelligente Vernetzung“

## Thema Generationengerechtigkeit:

Im Jahr 2008 finanzierten 100 Erwerbstätige 34 Rentner. Im Jahr 2040 werden voraussichtlich 100 Erwerbstätige für 63 bis 67 Rentner zahlen müssen – je nach Zuwanderung. +++ Das Durchschnittsalter der deutschen Wahlbevölkerung war noch nie so hoch wie bei der Bundestagswahl 2013. 36,5 Prozent der Wähler waren über 60 Jahre alt. 2002 waren es nur 33,2 Prozent. Tendenz: weiter steigend.

### Wie kann sich die junge Generation gegen die wachsende Übermacht der Alten durchsetzen?

„Die Politik muss sich stark verändern, wenn das Versprechen unserer Sozialen Marktwirtschaft (‚Wohlstand für alle‘) auch für die junge Generation und ihre Nachkommen in wenigen Jahrzehnten noch gelten soll. Die Zukunftsvergessenheit der Politik muss ein Ende haben. Das kurzsichtige Denken in Legislaturperioden stößt immer mehr an Grenzen. Aus diesem Grund halte ich die Beschneidung des Haushaltsrechts durch die Einführung von Schuldenbremsen für richtig. Ähnliches muss aber auch für die Sozialversicherungen folgen. Sie müssen endlich ‚Enkel-fit‘ gemacht werden. Zudem brauchen wir bei der finanzpolitischen Schwerpunktsetzung weniger politische Spielwiesen und mehr Investitionen in die Qualität der Bildung und in die Infrastruktur unseres Landes. Mehr Sorgen als das vermeintliche Desinteresse der jungen Menschen an der Politik macht mir das Desinteresse der Politik an den jungen Menschen. Um dies zu ändern, müssen die Jungen aber aus der Komfortzone heraus. Sie müssen die Gesellschaft und damit am Ende eben auch die Entscheider in der Politik für ihre Probleme sensibilisieren. Dafür braucht man eine starke Lobby und das Interesse der Medien. Natürlich wirken die Parteien auf die jungen Menschen ziemlich verkrustet und irgendwie unsexy. Ganz ohne die Parteien kann man in einer Demokratie aber nichts erreichen. Die Parteien und ihre Jugendorganisationen können

echte Querdenker und Aufmischer gut gebrauchen. Die junge Generation muss erkennen, dass das Allgemeinwohl nicht irgendetwas Abstraktes ist, das mit ihrem Leben nichts zu tun hätte. Es dient den eigenen Interessen, die Politik zugunsten der Interessen der eigenen Generation zu beeinflussen.“

Christopher Vogt, FDP,  
jugendpolitischer Sprecher



Christopher Vogt:  
„Desinteresse der Politik“

## Thema Wohnen:

Das Kuratorium Altershilfe betont, dass derzeit nur fünf Prozent der Wohnungen in Deutschland seniorenrecht sind. +++ Die Immobilienwirtschaft und der Mieterbund fordern, dass bis 2025 jährlich 100.000 seniorenrechte Wohnungen entstehen müssen.

### Was kann die Politik tun, um auch in Zukunft ausreichend geeigneten Wohnraum sicherzustellen?

„Wohnungsbau muss als Daueraufgabe aller drei politischen Ebenen aus Bund, Land und Kommunen verstanden werden. Die Fördermittel des Bundes für den sozialen Wohnungsbau sind dabei deutlich zu erhöhen. Zusätzlich werden steuerliche Anreize auf Investitionen in den Wohnungsbau benötigt.

Auf der Landesebene ist eine stetige Evaluierung und Anpassung der Wohnraumförderrichtlinien an das Marktgeschehen notwendig. Damit wird die Attraktivität zur Inanspruchnahme der Förderdarlehen für Investitionen in den sozial geförderten Wohnungsbau konstant erhalten. Die Kommunen sind gefordert, gerade in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten, die Baulandausweisung für den Geschosswohnungsbau zu intensivieren. Die Planungszeiträume und die Genehmigungsverfahren sind dabei zu verkürzen bzw. zu beschleunigen.



Thomas Hölck:  
„Bauland ausweisen“

Bei der Baulandbeschaffung ist eine Verdichtung bzw. Nachverdichtung vorhandener Bebauung sinnvoll in Betracht zu ziehen. In den Bebauungsplänen ist grundsätzlich ein Anteil von ca. 30 Prozent für den Sozialwohnungsbau zu berücksichtigen, um die soziale Durchmischung zu gewährleisten. Die erfolgreichen Wohnungsbauprogramme müssen auf hohem Niveau fortgeführt werden. Dabei ist auch ein Schwerpunkt auf die Förderung zur Schaffung von Barrierefreiheit im Wohnungsbestand für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen zu legen.

Die einzelnen Faktoren, die das Bauen immer teurer machen, sind auf den Prüfstand zu stellen. Für die Wirtschaftlichkeit der Investitionen in den bezahlbaren Wohnungsbau müssen die Baukosten begrenzt werden.“

Thomas Hölck, SPD,  
wohnungsbau politischer Sprecher

## Thema Gesundheit:

Schätzungen besagen, dass die Krankenhäuser im Lande 2030 rund 90.000 Patienten mehr als heute versorgen müssen – ein Plus von 16,5 Prozent. +++ 1.900 Hausärzte im Norden sind nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung 60 Jahre oder älter – und suchen oft vergeblich einen Nachfolger.

### Wie kann die medizinische Versorgung im Flächenland Schleswig-Holstein gewährleistet werden?

„Der gesamte Gesundheitssektor steht schon seit einigen Jahren vor großen finanziellen Problemen und ist heute in Teilen unterfinanziert. Die Ursachen liegen nicht nur in der Demographie. Der Gesundheitsbereich in Deutschland ist mit seinen vielen öffentlichen und privaten Krankenkassen auch von einer großen Bürokratie und teilweisen Ineffektivität geprägt.

Einbußen bei der Qualität der Patientenversorgung sind aus Sicht des SSW jedoch nicht hinnehmbar. Für uns ist deshalb klar, dass nicht nur die jetzt Sozialversicherungspflichtigen in unser Gesundheitssystem einzahlen sollen, sondern dass baldmöglichst wirklich alle Bürgerinnen und Bürger an einer gerechten, solidarischen Finanzierung mitwirken müssen. Dies sichert die finanzielle Basis für die unbestritten großen Aufgaben der Zukunft.

In einem Flächenland wie Schleswig-Holstein ist die wohnortnahe hausärztliche Versorgung natürlich ein Kernthema. Hier müssen auch in Zukunft sehr konkrete Anreize gesetzt werden. Die größtenteils schon laufenden und unverändert wichtigen Maßnahmen sind vielfältig. Egal ob es um die grundsätzliche Aufwertung der Allgemeinmedizin (eigene Lehrstühle, Imagekampagne Landarztberuf etc.), um den Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum (bedarfsgerechte Kinderbetreuung, kulturelle Angebote usw.) oder um rein finanzielle Anreize (wie etwa konkrete Starthilfen) geht – überall müssen wir unsere Bemühungen weiter intensivieren. Auch der Ausbau der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit birgt noch erhebliches Potential. Und nicht zuletzt sehe ich große Chancen in der Akademisierung der Pflege und einer damit einhergehenden Kompetenzerweiterung für Pflegefachkräfte.“



Flemming Meyer:  
„Solidarische Finanzierung“

Flemming Meyer, SSW,  
gesundheitspolitischer Sprecher

## Thema Bildung:

Wegen des niedrigen Geburtenniveaus in Deutschland ist jede Kindergeneration um ein Drittel kleiner als ihre Elterngeneration. +++ Die Zahl der Einschulungen ist im alten Bundesgebiet zwischen 2004 und 2014 um 18 Prozent gesunken.

### Wie kann Schleswig-Holstein ein hochwertiges Bildungsangebot in der Fläche aufrechterhalten?

„Wie soll das Leben auf dem Lande zukunftsgerichtet gesichert und entwickelt werden? Die Sicherung der Schulstruktur ist hier sehr wichtig. Schule ist längst mehr als eine Bildungseinrichtung. Schulstandorte sichern Infrastruktur. Familien wohnen dort, wo ihre Kinder beschult werden können. Schulen sind Orte der Begegnung und des kulturell-sozialen Lebens. Darum haben wir Piraten uns stark gemacht für die Experimentierklausel im Schulgesetz. Kreative Lösungen, die vor Ort gestaltet und getragen werden, müssen eine echte Chance auf Realisierung erhalten. Ziel ist es auch, in einem landesweiten digitalen Schulentwicklungsplan alle Schulen darzustellen und welche Angebote es an welchen Orten konkret gibt. Das hat für das Land den Vorteil, dass Schulstrukturpolitik über Kreisgrenzen hinweg unterstützt werden kann; für Familien kann diese Informationsquelle eine Hilfe bei der Wohnortsuche sein. Piraten glauben, dass der Einsatz moderner Medien und Technik neue Unterrichtsangebote ermöglicht. Dezentraler Unterricht und E-Learning-Angebote sind die Schlagworte. Das funktioniert z.B. auf Fehmarn. Gleichzeitig müssen wir auf verlässliche Qualität in den Strukturen und deutliche Schwerpunkte setzen, gerade in Zeiten finanzieller Enge. Kann ich mir die pädagogisch kleinen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen leisten oder setze ich auf Kooperation? Wir brauchen chancengerechte Bildungsqualität im ganzen Land. Die Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, helfen uns. Während insgesamt die Schülerzahl sinkt, konnte der Trend an den Grundschulen abgefangen werden, weil viele Flüchtlingskinder zu uns kommen. Das ist eine neue Chance für die Grundschulstandorte und eine Chance auch für den ländlichen Raum.“



Sven Krumbeck:  
„Digitaler Schulentwicklungsplan“

Sven Krumbeck, Piraten,  
bildungspolitischer Sprecher

## Altenparlament 2015:

### Wege in ein „neues Miteinander“



**Der demographische Wandel verlangt ein neues Miteinander in der Gesellschaft. Unter diesem Motto formulierte Ende September das Altenparlament seine Forderungen an Landtag und Landesregierung.**

In vielen Bereichen sei es „schon jetzt zwölf Uhr, und nicht erst kurz davor“, mahnte Ute Algier von der Landesarbeitsgemeinschaft Heimmitwirkung, Präsidentin der diesjährigen Tagung.

Das Altenparlament war bereits zum 27. Mal im Landtag zusammengekommen. Die 84 Delegierten aus Parteien und Verbänden berieten ihre Forderungen in drei Arbeitskreisen und verabschiedeten schließlich rund 50 Anträge.

Schwerpunkte waren Wohnen, Infrastruktur, Gesundheit und Ehrenamt. Die Fraktionen werden nun zu den Anregungen des Altenparlaments Stellung nehmen. Ein Abschlussgespräch zwischen Delegierten und Abgeordneten am 26. Februar rundet den Diskussionsprozess ab.

Landtagspräsident Klaus Schlie hob in seiner Begrüßungsrede die Bedeutung des Altenparlaments hervor. „Sie sind ein unverzichtbarer Bestandteil unserer demokratischen Kultur der Willensbildung und politischen Mitwirkung“, bescheinigte er den Delegierten. Er versprach, dass die Ergebnisse des Altenparlaments „in die Arbeit des Landtages einfließen werden“. Denn, so Schlie: „Sie tun das nicht allein im Namen Ihrer Generation, sondern im Namen der gesamten Gesellschaft.“

## Die Forderungen des Altenparlaments

**ÖPNV:** Das Altenparlament fordert barrierefreie Züge, Bahnhöfe und Haltestellen sowie Toiletten in den Wagen der AKN-Eisenbahn. Wer seinen Führerschein zurückgibt, soll für eine gewisse Zeit umsonst Bus und Bahn fahren dürfen. Die Seniorenpolitiker wollen mehr öffentliche Verkehrsmittel in der Fläche. Um festzustellen, wie groß der Bedarf ist, soll die Landesregierung eine landesweite Untersuchung aller Strecken auf den Weg bringen.

**Wohnen:** Das Land soll den sozialen Wohnungsbau forcieren und barrierefreies Bauen fördern. Das Recht auf Wohnraum soll ins Grundgesetz aufgenommen werden. In jedem mehrstöckigen Neubau soll ein Fahrstuhl eingerichtet werden. Stolperstellen an Türen oder Balkons sollen vermieden werden. Türen, Flure und Bäder sollen grundsätzlich rollstuhlgerecht sein. Landtag und Landesregierung wurden aufgefordert, einen Preis für „vorbildliche, soziale und finanzierbare Wohnraumversorgung“ auszuschreiben. Ältere Menschen mit großen Wohnungen sollen ermutigt werden, umzuziehen und ihre Unterkunft jungen Familien zu überlassen. Hier soll es Zuschüsse für den Umzug geben.

**Versorgung:** In „verwaisten“ Wohnquartieren wie Neubaugebieten, aber auch in ländlichen Gemeinden, sollen „Mehrfunktionshäuser“ entstehen, wo Einzelhandel und Dienstleistungen auf kurzem Wege erreicht werden können und wo die Einwohner sich begegnen.

**Gesundheit:** Die Landesregierung soll „alle Möglichkeiten ausschöpfen“, um eine bessere ärztliche Versorgung auf dem Land sicherzustellen. Auch im ländlichen Raum soll es in Zukunft flächendeckend Krankenhäuser, Rettungsdienste und Hospize geben. Das Altenparlament fordert höhere Standards in Krankenhäusern – mehr Personal, mehr Hygiene und mehr behördliche Prüfungen. Die Ausbildung zum Altenpfleger sowie zum Ergo- und zum Physiotherapeuten soll durchgehend kostenfrei sein.

**Ehrenamt:** Altersgrenzen für Ehrenamtler, etwa für Schöffen, sollen aufgehoben werden. Die Auslagen der Ehrenamtler sollen ersetzt werden. Das Land soll eine Ehrenamtsstiftung ins Leben rufen, um engagierte Menschen zu beraten und weiterzubilden.

**Alle Forderungen des Altenparlaments stehen im Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de), Rubrik „Service“**

## „Wir wachsen in eine Gesellschaft mit dem größten Hilfebedarf der Menschheitsgeschichte hinein...“

... sagt Prof. Klaus Dörner, Fachreferent des diesjährigen Altenparlaments. Der Psychiater aus Hamburg sieht die westlichen Gesellschaften „in einem Epochen-Umbruch“. So müsse man sich „von der Machbarkeit einer leidensfreien Gesellschaft“ verabschieden. Trotz des medizinischen Fortschritts werde die alternde Gesellschaft geprägt sein von Pflegebedürftigkeit, Demenz und chronischen Krankheiten. Deren Behandlung wird nach Dörners Auffassung anders verlaufen als bisher gewohnt: „Das Heimzeitalter für Behinderte ist eigentlich überholt.“ Kaum ein alter oder kranker Mensch wolle noch in einer anonymen Groß-Einrichtung „die letzte Wegstrecke“ verbringen.



Stattdessen müsse man „die Hilfe in die Wohnung der Menschen bringen“, und zwar in einem „Bürger-Profi-Mix“. Dörners Perspektive: Die Versorgung alter und kranker Menschen wird zunehmend von einer „neuen Nachbarschaftsbewegung“ übernommen. Hierzu zählt er Hospizvereine, Selbsthilfegruppen, Bürgerstiftungen, generationenübergreifende Wohnmodelle oder Pflegefamilien, „wo die Menschen ‚Wir‘ zueinander sagen“.

# „Deutschland 2040? Bunt!“

## Der Flüchtlingsbeauftragte Stefan Schmidt über die Chancen der Zuwanderung

**Herr Schmidt, zehntausende Flüchtlinge sind in diesem Jahr schon nach Deutschland und nach Schleswig-Holstein gekommen. Hat Sie die Entwicklung überrascht?**

Überhaupt nicht. Wenn man nach Syrien blickt, wo Millionen Menschen geflohen sind und in den Nachbarländern in Zeltlagern leben: Es ist doch ganz klar, dass die sich dann irgendwann sagen, dieser Krieg wird in den nächsten zwei, drei Jahren nicht zu Ende gehen. Dass die Menschen sich überlegen, mit ihren Kindern irgendwo hinzugehen, wo sie sicher aufgenommen werden und wo sie vielleicht auch eine Perspektive haben. Dass sie versuchen, in freundlich gesinnte Länder zu kommen, und wir sind ja Gott sei Dank inzwischen ein freundliches Land.

**Statistiker sagen, dass Deutschland pro Jahr 400.000 Menschen aufnehmen muss, um seine Einwohnerzahl stabil zu halten und um auch in Zukunft junge Arbeitskräfte zu finden. Gleichzeitig sind 80 Prozent der Asylbewerber unter 35 Jahre alt, 30 Prozent sind Minderjährige. Insofern ist der Flüchtlingsstrom eine Chance...**

Absolut. Bei einem meiner Besuche in einer Deutsch-als-Zweitsprache-Klasse war es schön zu sehen, wie willig und eifrig die jungen Menschen dort gesessen und gelernt haben. Wenn dann der richtige Lehrer dabei ist, dann haben wir ein tolles Potential.

**Flüchtlinge begegnen vielen Herausforderungen, wenn sie hierher kommen. Was muss Ihrer Meinung nach passieren, um diese Probleme zu bewältigen? Stichwort Spracherwerb ...**

Wenn die Menschen hierher kommen, dann sollen sie erst mal

freundlich begrüßt werden und zur Ruhe kommen. Denn was sie durchgemacht haben, das möchten wir alle nicht erleben. Aber dann muss als Allernächstes sofort der Deutschunterricht folgen. Das ist der Schlüssel zu allem. Dafür brauchen wir aber dringend mehr Lehrer. Ich war im September in Lübeck in der Gewerbeschule für Nahrung und Gastronomie. Die Lehrer dort sagen, dass sie gerne freiwillig Deutsch als Zweitsprache unterrichten. Nur: Die sind natürlich jetzt schon ausgelastet.

**Was ist zu tun?**

Man muss neue Lehrer dazu holen, und hier sollte man die Regeln aufweichen. Eigentlich muss ein Lehrer ja zwei Fächer unterrichten. Das führt dazu, dass ein gestandener Lehrer mit sehr viel Lebenserfahrung, der aber nur ein Fach hat, zurzeit nicht eingestellt werden kann. Das sollte sich ändern.

**Stichwort Wohnraum ...**

Das ist fast noch wichtiger als der Spracherwerb. Ich unterstütze den Vorschlag aus der Wohnungswirtschaft, die Standards zumindest zwischenzeitlich zu senken, um möglichst schnell neue Wohnungen zu bauen. Einen anderen Vorschlag sehe ich dagegen kritisch: Es wäre nicht gut, leerstehende Wohnungen in kleineren Städten oder in Dörfern großflächig an Flüchtlinge zu vergeben. Denn das Ergebnis wäre eine Ballung, die die Struktur des Ortes durcheinanderbringen würde.

**Stichwort deutsche Kultur und Wertvorstellungen ...**

Natürlich haben Menschen aus Syrien oder Afghanistan andere Werte als wir. Vielleicht sollte



Er sei selbst ein Flüchtling, sagt Stefan Schmidt. 1941 in Stettin geboren, floh er zum Kriegsende mit seiner Familie nach Schleswig-Holstein. Auf der Seefahrtsschule in Lübeck machte er sein Patent als Kapitän auf großer Fahrt. Zwischenzeitlich leitete Stefan Schmidt eine Seemannsschule im Südpazifik und war Honorarkonsul des Inselstaates Tuvalu. Im Juni 2004 nahm er als Kapitän des Rettungsschiffes „Cap Anamur“ im Mittelmeer 37 afrikanische Flüchtlinge an Bord und brachte sie nach Sizilien. Die italienischen Behörden beschlagnahmten daraufhin das Schiff, nahmen Schmidt und weitere Besatzungsmitglieder fest und erhoben Anklage wegen „bandenmäßiger Beihilfe zur illegalen Einreise“. Das Verfahren endete fünf Jahre später mit einem Freispruch. Stefan Schmidt wurde unter anderem mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte ausgezeichnet. Im Oktober 2011 wählte ihn der Landtag einstimmig zum Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen.

man den Artikel 1 des Grundgesetzes („Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“) in die verschiedenen Sprachen übersetzen und den geflüchteten Menschen bei ihrer Ankunft überreichen.

**Wie wird sich Deutschland durch die Ereignisse der jüngsten Zeit verändern? Wie wird unser Land im Jahr 2030 oder 2040 aussehen?**

Bunt. Der Einfluss anderer Kulturen wird eine Bereicherung sein. Und dieser Begriff „Migrationshintergrund“ wird dann vielleicht überholt sein. Denn wer denkt heute noch bei den Nachfahren der Hugenotten, die immer noch französische Nachnamen tragen, daran, dass ihre Familien einmal Zuwanderer waren? Oder bei den vielen Menschen mit polnischen Namen?

Interview: Karsten Blaas

## Ideen gegen Wahlmüdigkeit

**Mit einer Reihe konkreter Vorschläge wollen Koalition, CDU und FDP die sinkende Wahlbeteiligung wieder nach oben treiben. So soll es zur Landtagswahl 2017 ein Modellprojekt mit mobilen Wahllokalen geben. Keine Chance hatte in der Oktober-Tagung der Antrag der Piraten, eine Enquete-Kommission zum Thema „aktive Bürgerbeteiligung“ einzurichten.**

Ausgangspunkt der Debatte war ein Zehn-Punkte-Papier von Union und Rot-Grün-Blau, in das auf den letzten Drücker auch Forderungen der FDP aufgenommen wurden. Demnach sollen Wahlunterlagen in Leichter Sprache sowie in den wichtigsten Migrantensprachen erscheinen. In der heißen

Wahlkampfphase, sechs Wochen vor dem Urnengang, sollen Politiker an Schulen auftreten dürfen. Bislang ist dies nicht möglich. Die Kommunen werden aufgerufen, Info-Stände und Wahlplakate „großzügig“ zu genehmigen. Bisher gibt es vielerorts Beschränkungen für Wahlwerbung.

CDU-Fraktionschef Daniel Günther wandte sich vehement gegen „wahlkampffreie Zonen“. Sein SPD-Amtscollege Ralf Stegner sah das genauso: „Wahlkämpfe sind nicht igtigtigt.“ Die Liberalen hatten den Vorschlagskatalog zunächst als „technisch“ abgelehnt. Der Abgeordnete Ekkehard Klug rief dazu auf, darüber hinaus das Amt des Landesbeauftragten für politische Bildung zu stärken und den Politikunterricht auszubauen. Diese Punkte nahmen CDU und Koalitionsfraktionen schließlich in ihren Antrag mit auf.

„Lassen Sie uns mehr Bürgerbeteiligung wagen“, warb Patrick Breyer (Piraten) für eine Enquete-Kommission. Die Landespolitik müsse gemeinsam mit Wissenschaftlern und Kommunen klären, wie die Bürger auch zwischen den Wahlen stärker als bisher mitbestimmen können. Der Plan fiel bei den anderen Fraktionen jedoch durch: Das Thema werde bereits seit gut einem Jahr im Innen- und Rechtsausschuss beraten. Es gebe also kein Erkenntnis- sondern ein Umsetzungsdefizit, hieß es.

## MELDUNGEN FÜR DAS EHRENAMT



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

**Staatliche Auszeichnungen:** Die Bestimmungen für die Verleihung staatlicher Auszeichnungen werden gestrafft. Einen entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung winkle das Parlament im Oktober einstimmig durch. In Schleswig-Holstein gibt es 15 verschiedene Orden, Titel, Medaillen und Urkunden. Deren Vergabe wird bislang in zwei Gesetzen sowie mehreren Erlassen geregelt. Zu viel, meinen Staatskanzlei und Landtag. Die Regierung will die Richtlinien nun in einem einzigen Erlass bündeln. Außerdem soll es ein neues Ehrenzeichen geben für 50 Jahre Mitgliedschaft in der Feuerwehr.

(Drucksache 18/3233)

**Kommunalkpaket:** Die rund 100 Millionen Euro, die das Land aus dem Kommunalkpaket des Bundes kassiert, sollen gezielt an 48 finanzschwache Kommunen gehen. Dazu gehören die vier kreisfreien Städte Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster sowie acht der elf Landkreise. Das Geld soll nach den Plänen der Landesregierung in die energetische Sanierung von Schulen und in den Kita-Ausbau fließen. Die Koalition lehnte im September

einen CDU-Antrag endgültig ab, der einen anderen Verteilungsschlüssel forderte. Die Union sieht den ländlichen Raum im Nachteil und will nicht nur Bildungseinrichtungen, sondern auch den Breitbandausbau oder die Straßensanierung fördern. Bei der ersten Abstimmung zu diesem Thema war es in der Juli-Tagung zu Ungereimtheiten gekommen. Deshalb wurde die Abstimmung im September wiederholt. (Drucksache 18/2916, /3171)

**Kommunale Betriebe:** Stadt- und Gemeindewerke sollen sich stärker als bisher beim Ausbau der Windkraft und des Breitband-Internets engagieren und auch außerhalb ihres Kerngeschäfts tätig werden können. Der Regierungsentwurf für ein neues Kommunalwirtschaftsgesetz sieht vor, die sogenannte Bedarfsklausel zu streichen. Sie bestimmt zurzeit, dass sich ein kommunales Unternehmen bei seinen Geschäften nur in einem „angemessenen Verhältnis“ zum voraussichtlichen Bedarf der Gemeinde bewegen darf. Die kommunale Wirtschaft dürfe nicht gegenüber privaten Unternehmen privilegiert werden, mahnten CDU, FDP und Piraten in der

September-Sitzung. Nun berät der Innen- und Rechtsausschuss. (Drucksache 18/3125)

**Schwertransporte:** FDP und CDU fordern, dass die Kreise auch künftig Schwertransporte genehmigen können, wenn sie das wollen. Sie wenden sich gegen den Plan der Landesregierung, diese Zuständigkeit komplett auf den Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr (LBV) zu übertragen. Derzeit liegt die Zuständigkeit allein bei den Kreisen und kreisfreien Städten. Die Unternehmen würden den „guten Draht“ zu den Kreisen schätzen, betonten Oliver Kumbartzky (FDP) und Johannes Callsen (CDU). Zudem sei die Transportgenehmigung eine wichtige Einnahmequelle. So habe der Kreis Dithmarschen 2014 für 9.241 Genehmigungen 750.000 Euro kassiert. Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) und die Vertreter der Nord-Ampel sprachen hingegen von „Rosinenpickerei“. Um Personalkosten zu sparen, sei es richtig, „alles in einer Hand“ zu konzentrieren – und der LBV habe das Know-how. Jetzt wird das Thema im Wirtschaftsausschuss beraten.

(Drucksache 18/3408)

## JVA:

### Wie hoch ist die Arbeitsbelastung?

Nach der Geiselnahme in der Lübecker Justizvollzugsanstalt (JVA) im vergangenen Dezember hatte das Justizministerium bessere Arbeitsbedingungen für JVA-Bedienstete in Aussicht gestellt: De-eskalations- und Sicherheitstrainings, Gesundheitsförderung oder eine moderne Personalführung. Ob die Maßnahmen greifen, blieb Ende September im Innen- und Rechtsausschuss allerdings umstritten.

Gewerkschafter beklagten bei einer zweieinhalbstündigen Anhörung den hohen Krankenstand von durchschnittlich über zehn Prozent. Sie forderten mehr Personal. Angesichts der Arbeitsbelastung wurde auch der Ausbau von Fortbildungen und die Einrichtung sogenannter Fokusgruppen skeptisch betrachtet: Jeder zusätzliche Kursbesuch gehe zu Lasten der ohnehin dünnen Personaldecke im Tagesdienst.

Die JVA-Leiter sprachen hingegen von einer „neuen Führungskultur“ und der Forcierung des kollegialen Verhaltens in den Anstalten. Die Hoffnung: Wenn strukturelle Probleme behoben werden, dann brauche es nicht unbedingt mehr Bedienstete.

Anke Schwitzer vom Beamtenbund beklagte, losgelöst von Personal- oder Tarifdebatten: „Eine Wertschätzung der Arbeit der JVA-Bediensteten findet leider nicht statt.“



NORLA 2015:

### Abgeordnete messen sich

#### mit der Landjugend

Ländlicher Dreikampf in Rendsburg: Auf der Landwirtschaftsmesse NORLA forderte Anfang September die Landjugend die Abgeordneten Oliver Kumbartzky (FDP, 2. v. li.), Hans Hinrich Neve (CDU, 3. v. li.) und Tobias von Pein (SPD, re.) zum landwirtschaftlichen Wettstreit heraus. Neve konnte sich beim Kuhmelken souverän gegen seinen Kontrahenten aus der Landjugend durchsetzen. Kumbartzky hingegen verlor knapp beim Baumstammsägen. Auch von Pein, der deutlich weniger plattschnackende NORLA-Besucher um sich scharte als seine Gegnerin, musste sich geschlagen geben. Die Verlierer besuchen nun die Landesversammlung der Landjugend im November und bringen Speisen und Getränke mit. Der siegreiche Melker Neve hingegen hat demnächst den Vorstand der Landjugend in der CDU-Fraktion zu Gast, die Jugendlichen haben dann Käseigel im Gepäck.

Der Landtag war auch in diesem Jahr wieder mit seinem Stand auf der Messe vertreten und wurde von zahlreichen NORLA-Gästen besucht.



### U-Ausschuss zum „Friesenhof“:

#### Darum geht es

**Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zum Thema „Friesenhof“ hat Ende September seine Arbeit aufgenommen. Das Gremium befasst sich mit den Zuständen in früheren „Friesenhof“-Mädchenheimen in Dithmarschen und mit der Rolle der Heimaufsicht.**

In seiner September-Sitzung hatte der Landtag den PUA einstimmig eingerichtet, auf Antrag von 32 Abgeordneten von CDU, FDP und Piraten. Der Ausschuss hört in öffentlicher Sitzung Zeugen und Betroffene an, deren Stellungnahmen dann in nicht-öffentlicher Sitzung beraten werden.

#### Der Auftrag:

Die Opposition will strukturelle Schwächen und Kommunikationspannen der Behörden aufarbeiten. Für 1.300 Jugend-Einrichtungen habe es in der Heimaufsicht nur sechs Mitarbeiter gegeben, wurde kritisiert. Der Untersuchungszeitraum soll bis 2007 zurückreichen. SPD, Grüne und SSW setzten durch, darüber hinaus auch den gesetzlichen Handlungsspielraum der Heimaufsicht zu beleuchten und geeignete pädagogische Konzepte zu bestimmen.

#### Der Hintergrund:

Im Juni waren in Dithmarschen zwei Heime für Mädchen mit Suchtproblemen oder krimineller Vergangenheit geschlossen worden, weil Fachpersonal fehlte und es Berichte über erniedrigende pädagogische Methoden gab. Hinweise auf Missstände sollen aber schon länger vorgelegen haben. Vor diesem Hintergrund ist auch das Sozialministerium in die Kritik geraten.

#### Die Mitglieder:

Dem Untersuchungsausschuss gehören elf Parlamentarier an. Die CDU stellt turnusgemäß den Vorsitz. Ihn hat die Abgeordnete Barbara Ostmeier inne. Weitere Ausschussmitglieder der CDU sind Heike Franzen (Obfrau) und Katja Rathje-Hoffmann. Auch die SPD hat drei Mitglieder: Beate Raudies (Obfrau), Jürgen Weber (stellvertretender Vorsitzender) und Tobias von Pein. Die Grünen sind mit Marret Bohn (Obfrau) und Burkhard Peters vertreten. Für die FDP sitzt Fraktionschef Wolfgang Kubicki im Ausschuss, für die Piraten Wolfgang Dudda und für den SSW Flemming Meyer.

#### Die Termine:

Der PUA tagt in der Regel alle zwei Wochen montags um 11 Uhr in Raum 142 des Landeshauses. Ausschussgeschäftsführer ist der Richter am Finanzgericht Karsten Göllner.

**Aktuelle Informationen zum PUA stehen im Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de), Rubrik „Parlament“, Stichwort „Ausschüsse“.**

## Gesundheit, Jugendaustausch:

### Ostseeraum rückt zusammen

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen und der Jugendaustausch waren Schwerpunkte der diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz Ende August in Rostock.

Rund 180 Teilnehmer waren zu dem alljährlichen Treffen der nationalen und regionalen Parlamente aus den elf Ostseeanrainerstaaten gekommen. Prominente Gäste waren EU-Digitalkommissar Günther Oettinger und Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig. Unter dem Motto „Ostseeregion – Modellregion für Innovationen im Gesundheits- und Sozialwesen“ fordern die Ostsee-Politiker in ihrer Abschlussresolution, gemeinsam die Ausbreitung übertragbarer Krankheiten zu bekämpfen. Die EU und die Ostseeanrainer sollen gemeinsam den Anbau unbelasteter Lebensmittel vorantreiben und bei der teuren Behandlung seltener Erkrankungen zusammenarbeiten.

Schleswig-Holstein war mit einer siebenköpfigen Delegation dabei, die von Landtagsvizepräsident Bernd Heinemann geleitet wurde. Heinemann zeigte sich erfreut, dass seine Forderung nach einem Ausbau des Jugendaustauschs in die Resolution eingeflossen ist. In seinem Grußwort hatte Heinemann „einen wirklichen Dialog zwischen jungen Menschen und Politikern über aktuelle Themen der Ostseepolitik“ gefordert. Konkret soll dies nun in einem regelmäßigen Ostseejugendforum geschehen.

Die Resolution der 24. „Baltic Sea Parliamentary Conference“ wird jetzt den nationalen Parlamenten zur Umsetzung vorgelegt. Weitere Infos auf der Webseite des Landtages: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) unter der Rubrik „Parlament“ und dem Stichwort „Ostseekooperation“.

## Platt in Radio und Fernsehen:

### NDR will „keine Biotope“

Sollte der Norddeutsche Rundfunk seine Radionachrichten im Lande auch auf Plattdeutsch bringen? Braucht Schleswig-Holstein eine wöchentliche Fernsehsendung nur auf Platt? Oder gar einen eigenen Spartenkanal für Platt-Snackers? Über diese Fragen diskutierte der Niederdeutsche Beirat des Landtages Ende September im Kieler Funkhaus mit der NDR-Spitze.

Ein Ergebnis: Den Rundfunkmachern liegt die Regionalsprache am Herzen. Aber sie verfolgen eine andere Strategie. Er wolle „keine Biotope“ für Platt, betonte Funkhauschef Volker Thormählen. Die Sprache müsse „aus den Nischen raus“ und den Hörern „überall im Programm begegnen“. Feste Sendeplätze würden „überschätzt“, stellte Thormählen fest – zumal jede Sendung im Nachhinein im Internet abgerufen werden könne. Und auch die Idee eines eigenen Platt-Senders fiel bei dem gebürtigen

Dithmarscher durch: „Da bleibt die Zielgruppe unter sich“.

Stattdessen setzt der NDR auf plattdeutsche Elemente im „Schleswig-Holstein-Magazin“ und auf kurze Beiträge nach dem Motto „Hör mal 'n beten to“ im Radio. Die Sprache solle dem Hörer „unerwartet“ begegnen, erläuterte Hörfunk-Chefin Bettina Freitag: „Ich will mehr Menschen erreichen als die, die sich ohnehin für Plattdeutsch interessieren.“ Daneben gebe es die traditionellen Hörspiele jeden zweiten Freitagabend oder die Klassiker

## Nordschleswig:

### Gipfeltreffen für 2020 gefordert

Die Bundesregierung steht einem deutsch-dänischen Gipfeltreffen im Grenzgebiet im Jahr 2020 „aufgeschlossen“ gegenüber. Das berichtete Landtagspräsident Klaus Schlie Mitte September in Apenrade vor dem Nordschleswig-Gremium.

Er habe entsprechende Signale von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier erhalten, sagte Schlie. Hintergrund: Die deutsche Minderheit in Dänemark möchte mit einem Regierungstreffen an den 100. Jahrestag der Volksabstimmung von 1920 erinnern. Damals wurde die jetzige Grenze zwischen den beiden Staaten festgelegt. Hinrich Jürgensen, Vorsitzender des Bundes Deutscher Nordschleswiger, hob hervor, dass die Grenze damals friedlich und auf Grundlage einer demokratischen Abstimmung verschoben worden sei. Dies sei auch heute noch vorbildlich.

Bei der Sitzung im Medienhaus Apenrade wurde auch ein kleines Jubiläum begangen: Der sogenannte Kontaktausschuss traf sich zum 75. Mal. In dem Gremium kommen Vertreter der Landespolitik zweimal im Jahr mit Repräsentanten der deutschen Minderheit in Dänemark zusammen. Eine Erkenntnis: Die finanzielle Ausstattung der Minderheit durch Berlin ist bis Ende 2017 gesichert. Der Bund übernimmt die Tarifsteigerungen für die Lehrer an den deutschen Schulen und stockt seine Zuschüsse um 350.000 Euro auf knapp zehn Millionen Euro im Jahr auf.

Weitere Themen der Sitzung waren die Anerkennung deutschsprachiger Dokumente auf dänischen Ämtern, zweisprachige Ortschilder in Nordschleswig und der grenzüberschreitende Einsatz von Rettungshubschraubern.



Für Platt, aber gegen „Nischen“: Volker Thormählen, Direktor des NDR-Landesfunkhauses, Norbert Lorentzen, Bereichsleiter Fernsehen, und Hörfunkchefin Bettina Freitag.

„Vertell doch mal“ und „Von Binnenland und Waterkant“.

Die Mitglieder des Niederdeutschen Beirates – Vertreter von Heimatverbänden sowie Landtagsabgeordnete – waren nur teilweise zufrieden. Immerhin 1,3 Millionen Menschen zwischen Nord- und Ostsee verstünden Plattdeutsch, unterstrich Heiko Gauert vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund. Dies sei „keine Nische“, sondern eine große Gruppe, die verlässliche Programmangebote erwarte. Der SSW-Abgeordnete Lars Harms forderte „stunden

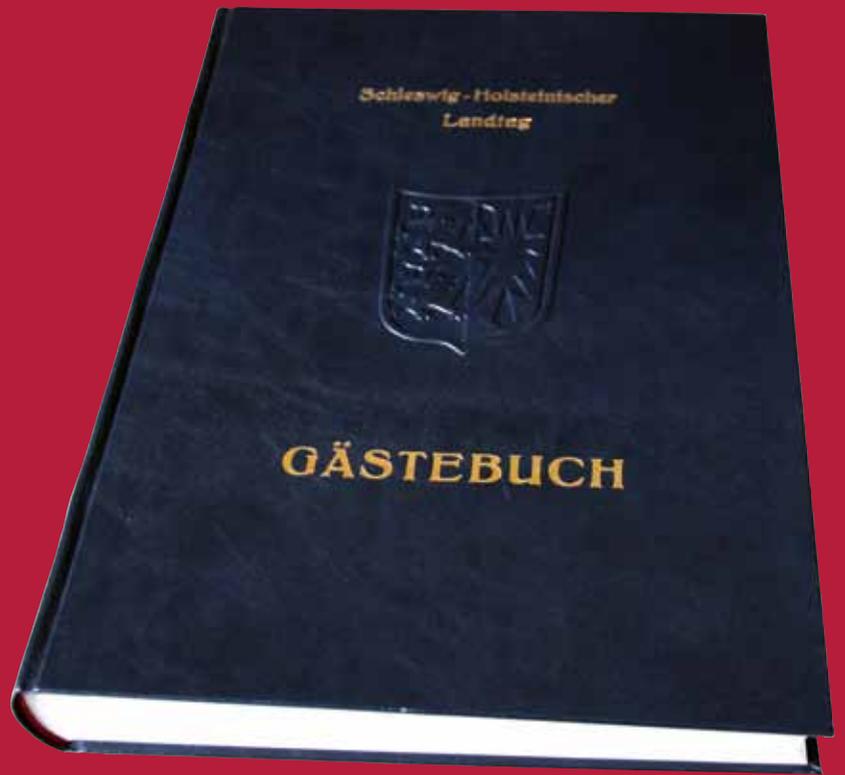
aktuelle“ Nachrichten auf Platt, so wie sie die Hamburg-Welle des NDR produziere. Zudem sollten die norddeutschen Funkhäuser eine gemeinsame Niederdeutschsendung im TV an den Start bringen. „Das muss möglich sein“, so Harms.

Das Treffen beim NDR war Teil zwei der Medien-Gespräche des Niederdeutschen Beirats. Im April hatten bereits die Chefredakteure der größten schleswig-holsteinischen Tageszeitungen Rede und Antwort gestanden (s. Landtagszeitschrift 02/2015).

Besuch des Herrn Bundespräsidenten  
Professor Dr. Horst Köhler  
am 27. Oktober 2004

*Horst Köhler*

Bundespräsident I: Deutschlands Staatsoberhäupter klappern nach ihrer Wahl traditionell die Bundesländer ab. Für Horst Köhler war sein Antrittsbesuch im Kieler Landtag im Oktober 2004 eine Rückkehr an eine alte Wirkungsstätte. Denn Anfang der 1980er Jahre war Köhler persönlicher Referent von Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg und hatte sein Büro im ersten Stock des Landeshauses.



## „Mit besten Wünschen Ein Blick ins Gästebuch

Besuch  
von Bundespräsident Christian Wulff  
und von Frau Bettina Wulff  
am 9. März 2011

*Christian Wulff  
Bettina Wulff*

Bundespräsident II: Christian Wulff und seine Frau Bettina kamen bei ihrer Visite im März 2011 nicht nur mit dem Ältestenrat des Landtages zusammen, sondern trafen sich auch im Schleswig-Holstein-Saal mit jungen Marinesoldaten.

Besuch  
von Bundespräsident Joachim Gauck  
und von Frau Daniela Schadt  
22. März 2013

*Joachim Gauck  
Daniela Schadt*

Bundespräsident III: Im März 2013 waren Joachim Gauck und seine Lebensgefährtin Daniela Schadt zu Gast. Für Gauck war es der zweite Besuch im Haus an der Förde binnen kurzer Zeit. Wenige Monate zuvor hatte der ehemalige Chef der Stasiunterlagenbehörde – noch nicht als Präsident – im Schleswig-Holstein-Saal aus einem seiner Bücher gelesen.

Besuch  
des Präsidenten  
des Deutschen Bundestages  
Herrn Dr. Norbert Lammert  
9. Mai 2007

*Norbert Lammert*

Zum 60. Jubiläum der ersten Landtagswahl nach dem Krieg kam Bundestagspräsident Norbert Lammert im Mai 2007 in den Norden – mit halbstündiger Verspätung, denn sein Flugzeug hatte mit heftigem Gegenwind zu kämpfen. „In punkto Wolken und Sturm ist Schleswig-Holsteins Vorsprung gegenüber anderen Bundesländern nach wie vor ungefährdet“, stellte Lammert beim Festakt im Plenarsaal fest.

Armin Mueller-Stahl  
Ehrenbürger des  
Landes Schleswig-Holstein

19. Januar 2011

*Armin Mueller-Stahl*

Ende 2010 wurde Armin Mueller-Stahl zum Ehrenbürger Schleswig-Holsteins ernannt. Anfang 2011 war im Landeshaus eine Ausstellung mit Bildern des Wahl-Lübeckers zu sehen. Zudem gab der Schauspieler, Maler und Musiker ein Konzert im Plenarsaal – und trug sich ins Gästebuch ein.

Besuch  
des  
Vizepräsidenten  
des Bundesverfassungsgerichts  
Herrn Professor Dr. Andreas Voßkuhle  
12. März 2010

*Andreas Voßkuhle  
Armin Mueller-Stahl*

Seit dem 16. März 2010 ist Andreas Voßkuhle Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Vier Tage zuvor war der Jurist – noch als Vizepräsident – im Landeshaus zu Gast. Er hielt die Festrede bei der Feier zum 30-jährigen Bestehen des Lorenz-von-Stein-Instituts für Verwaltungswissenschaften.





## Harte Zeiten für Honigbienen:

### Pestizide am Pranger

**Forscher und Umweltschützer schlagen Alarm: Die Honigbiene ist bedroht. Laut dem Deutschen Imkerbund haben 225.000 der 750.000 Bienenvölker in Deutschland den vergangenen Winter nicht überlebt – eine dreimal höhere Todesrate als üblich. Das weltweite Phänomen wurde 2006 zuerst in Indien und Nordamerika beobachtet. Als Gründe gelten Monokulturen, fehlende Nahrungsquellen und Parasiten wie die Varroa-Milbe. Aber auch Pestizide in der Landwirtschaft. In der September-Tagung forderten SPD, Grüne, Piraten und SSW daher, bereits bestehende Auflagen für bienengefährliche Neonikotinoide zu verschärfen. CDU und FDP lehnten den Antrag ab: Nicht die Pflanzenschutzmittel seien das Problem, sondern der Umgang mit ihnen.**

**H**intergrund sind aktuelle Untersuchungen der Europäischen Lebensmittelbehörde (EFSA). Demnach stellen die Neonikotinoide ein hohes Risiko für Bienen dar. Die hochwirksamen, synthetisch hergestellten Insektizide wirken auf die Nervenzellen von Insekten. Sie stören das Orientierungsvermögen und das Gedächtnis der Bienen und schwächen ihr Immunsystem. Folge: Die Tiere finden nicht mehr zu ihrem Stock zurück und werden anfälliger für Krankheiten. Das kann

zum Kollaps des ganzen Bienenvolkes führen.

Die Landesregierung soll sich deswegen nach Willen der Koalitionsfraktionen beim Bund und bei der EU dafür einsetzen, dass die Auswirkungen dieser Stoffe weiter erforscht werden – etwa auch auf Wildinsekten. In Europa ist der Einsatz des Pflanzenschutzmittels bereits seit zwei Jahren stark eingeschränkt. Zudem fordern die Antragssteller, dass Alternativen beim Pflanzenschutz, beim Anbau und in der Pflanzenzucht

entwickelt werden, die einen dauerhaften Verzicht auf Neonikotinoide und andere bienengefährliche Pestizide möglich machen.

„In der Natur hängt alles immer mit allem zusammen. Vögel, die diese Insekten fressen, werden ebenfalls geschädigt. Wer am Ende der Nahrungskette steht, wissen wir“, mahnte Marlies Fritzen (Grüne). Von einem Bienensterben sei die Landwirtschaft „massiv betroffen“, warnte Flemming Meyer (SSW). Die Insektizide wirkten wie Drogen, führten zu einer geringeren Fortpflanzungsrate und zu einem frühen Tod der Königinnen. „Das Gift unterscheidet letztlich nicht zwischen Nützlingen und Schädlingen.“

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD) forderte die Agrarchemie auf, weniger toxische Mittel zu entwickeln. „In den Unternehmen scheinen nur die Wirkstoffe Umsatz und Gewinn zu zählen“, argwöhnte sie. Angelika Beer (Piraten) verlangte, das Augenmerk auch auf Wildbienen und andere Insekten zu legen. Die Honigbiene erbringe „nur rund ein Drittel der für die Landwirtschaft so wichtigen Bestäubungsleistungen“.

Das größte Problem beim Bienensterben seien „Imker, die es gut meinen, aber nicht richtig können“, sagte dagegen Heiner Rickers (CDU). Als „Hauptfeind der Bienen“ bezeichnete er die Varroa-Milbe, die „konsequent

und regelmäßig“ bekämpft werden müsse. Die CDU wolle zunächst weitere Forschungsergebnisse nach der anstehenden Ernte abwarten, bevor Verbote in Frage kämen. Ähnlich äußerte sich Oliver Kumbartzky (FDP). Neonikotinoide sollten als Pflanzenschutzmittel für die Beizung von Samen weiterhin unter Auflagen zur Verfügung stehen. „Dies ist besonders für den Rapsanbau in Schleswig-Holstein wichtig“, sagte er.

Umweltminister Robert Habeck (Grüne) appellierte an die Landwirte, eine spätere Aussaat, den Verzicht auf Altflächen oder andere Fruchtfolgen ins Auge zu fassen, um ihre Pflanzen gegen Insekten zu wappnen – und nicht „auf eine abschließende Entscheidung der EU zu den Pflanzengiften zu pokern“. (Drucksache 18/3225)



**„Der Dreiklang aus Parasitenbefall, mangelndem Nahrungsangebot und Pestiziden“, so Angelika Beer (Piraten), schwäche die Bienen so sehr, dass sie den Winter nicht überleben.**

## Eine Welt ohne Bienen?

Studien zufolge bestäuben die fleißigen Insekten etwa 80 Prozent aller Nutzpflanzen. Ohne Bienen wäre der Tisch für die Menschen also bei Weitem nicht so reichlich gedeckt, es gäbe weniger Obst, Gemüse und Getreide. Doch seit Jahren beobachten Forscher ein weltweites Sterben der Tiere. Wären sie ausgerottet, würde das einer neuen Untersuchung zufolge zu jährlich 1,4 Millionen zusätzlichen Todesfällen in der Bevölkerung durch Ernteeinbußen führen. Weitere Folge wäre ein Mangel an Vitamin A und sogenannten Folaten, die vor allem für schwangere Frauen und Kinder wichtig sind. Außerdem wird eine Zunahme von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und einigen Krebsarten prognostiziert.



**Pro und Kontra:**

**Sollen sich Flüchtlinge zum Grundgesetz bekennen?**

Rund eine Million Flüchtlinge kommen in diesem Jahr nach Deutschland, davon etwa 50.000 nach Schleswig-Holstein. Der Landtag beriet in der Oktober-Sitzung einen ganzen Tag lang über die Lage in den Unterkünften und die Belastungen für Kommunen und Helfer. Viele Neuankömmlinge werden dauerhaft im Lande bleiben. Deswegen kreiste die Debatte auch um die Frage: Was müssen Menschen aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea leisten, um sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren? Die CDU-Fraktion verlangt ein Bekenntnis zum Grundgesetz – und stieß damit auf ein geteiltes Echo.

„Wenn Menschen zu uns kommen, dann können wir guten Gewissens von ihnen verlangen, sich zu unserem Grundgesetz und unseren Werten zu bekennen“, betonte CDU-Oppositionsführer Daniel Günther:

„Menschen, die zu uns kommen, müssen sich unseren Regeln anpassen und nicht umgekehrt.“ Es sei „Voraussetzung jeder Integration“, Grundsätze wie persönliche Freiheit und Toleranz zu akzeptieren. FDP-Fraktionschef

Wolfgang Kubicki forderte zwar kein ausdrückliches Bekenntnis zur Verfassung, aber verpflichtende Integrationskurse: „Nicht die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes muss sich anpassen, sondern die Flüchtlinge.“ Es gehe darum, „unmissverständlich die Regeln vorzugeben und die Einwanderer zugleich zu Eigenverantwortung und Mitwirkung zu befähigen“.

Ein „Treueschwur auf das Grundgesetz“ direkt nach der Ankunft sei praxisfremd, wandte der SPD-Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner ein: „Wenn dieser Eid wirklich eine Bedeutung haben soll, müssen Sie den Flüchtlingen doch erst einmal erklären, worauf sie da schwören sollen.“ Deswegen sei es sinnvoller, bis zu einer möglichen Einbürgerung zu warten. Dort verlange das Staatsangehörigkeitsgesetz „zu Recht“ ein Bekenntnis zu Menschenwürde, Gleichheit von Mann und Frau, Religions- und Meinungsfreiheit und zum Gewaltmonopol des Staates.

Auf Gegenkurs gingen die Grünen. Fraktionschefin Eka von Kalben hielt nichts von „irgendwelchen Gelöbnissen auf etwas, was man genauso wenig kennt wie vermutlich viele Deutsche“. Eine erfolgreiche Integration gelinge dann, „wenn wir den Flüchtlingen etwas zutrauen und ihnen die Gelegenheit geben, sich einzubringen“.

Ihr Parteifreund Burkhard Peters kritisierte die „völlig sinnlose und wertlose Unterwerfungserklärung“, die die CDU verlange. Es sei nicht möglich, in einem Flüchtlingsheim Staatsbürgerkunde so zu vermitteln, dass „eine tragfähige Wissensgrundlage für eine Bekenntniserklärung“ dabei herauskomme. Auch Pirat Torge Schmidt hielt nichts von der CDU-Idee. „Wenn wir eine Treue-Erklärung zum Rechtsstaat verlangen, dann dürfen wir das Grundgesetz selber nicht aushöhlen“, mahnte er mit Blick auf Pläne für ein schärferes Asylrecht.

(Drucksache 18/3404)

**MELDUNGEN**

In Schleswig-Holstein bekommen Asylbewerber ab Januar 2016 eine elektronische **Gesundheitskarte**. Hierauf haben sich Sozialministerium und Krankenkassen Mitte Oktober verständigt. Flüchtlinge müssen Arztbesuche dann nicht mehr beim Sozialamt beantragen. Schleswig-Holstein ist nach den Stadtstaaten Hamburg und Bremen das erste Flächenland, das Asylbewerbern die Gesundheitskarte zu kommen lässt. Im Landtag gab es hierfür breite Unterstützung.

+++

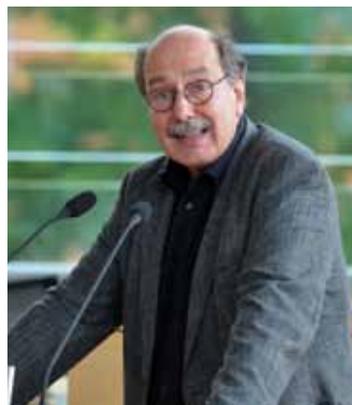
SPD, Grüne und SSW begrüßen die Initiative „Talente für unser Land – **Studienchancen** für Flüchtlinge“. Damit will die Landesregierung Asylbewerbern den Weg in zulassungsfreie Studiengänge ebnen und sie als Gasthörer zulassen.

+++

Die FDP fordert, **Frauen und Kinder** in Erstaufnahmeeinrichtungen verstärkt vor psychischer, körperlicher und sexueller Gewalt zu schützen. Die Liberalen sehen auch die Gefahr, dass **Islamisten** in den Einrichtungen Nachwuchs rekrutieren. Hierüber berät nun der Innen- und Rechtsausschuss.

+++

Die Piraten wollen den **Solidaritätszuschlag** so umwandeln, dass die Länder ihn ab 2020 für Flüchtlingskosten und zur Schuldentilgung nutzen können. Damit befasst sich nun der Finanzausschuss.



„Die Vorstellung, Flüchtlinge stünden unseren Verfassungswerten in besonderer Weise distanziert bis feindlich gegenüber, erscheint mir nicht besonders schlüssig“, merkte Burkhard Peters (Grüne) an. Im Gegenteil: „Die meisten sehnen sich nach Grundrechten und verfassungsrechtlichen Garantien.“

IM RÜCKBLICK

# Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht die Reise ins Jahr 1990. Als erstes Landesparlament hob der Landtag den Bannkreis für Demonstranten auf.

## 1990: Der Landtag verbant die Bannmeile



1969: Barrikaden. Studenten demonstrieren gegen ein neues Landeshochschulgesetz. Die Polizei sperrt das Landeshaus schon an der Reventlouallee ab und setzt Wasserwerfer ein.

**Sie mussten draußen bleiben: Vier Jahrzehnte lang hielt eine Sperrzone rund um das Landeshaus Demonstranten auf Distanz. Proteste endeten in bis zu 800 Metern Entfernung, außer Hörweite der Politiker. Das regelte das Bannkreisgesetz von 1950. Eine solche Abstandsregel war damals landauf, landab üblich. 1990 schaffte der Landtag die Bannmeile ab und wurde damit bundesweit zum Vorreiter.**

Sicherheitsbezirke um deutsche Parlamente herum gab es bereits in der Weimarer Republik. Anlass waren gewaltsame Auseinandersetzungen, als die Nationalversammlung am 13. Januar 1920 über das Betriebsrätegesetz beriet. Radikale Arbeiter versuchten, in das Reichstagsgebäude einzudringen. Bei Kämpfen mit der Sicherheitspolizei starben 42 Menschen, mehr als 100 wurden verletzt.

### 1950: Bannkreis für „ungestörten Ablauf“

Der Bonner Bundestag knüpfte 1949 an die Weimarer Regelung an, machte aber keine bundesweiten Vorgaben. So schufen die Länder nach und nach ihre eigenen

Bannkreisgesetze. Einzig Bremen richtete um das Haus der Bürgerschaft keine Bannmeile ein. Für die schleswig-holsteinischen Abgeordneten stand hingegen außer Frage, dass es eine Sperrzone um den Landtag geben müsse. Diese solle den Parlamentariern „einen ungestörten Ablauf ihrer Sitzungen und Beratungen“ ermöglichen, befand der Sozialdemokrat Wilhelm Esser 1950 in einer Plenardebatte. Justizminister Rudolf Katz (SPD) verwies darauf, dass selbst die „Urdemokratie“ USA eine weitreichende Bannmeileregulierung für die Hauptstadt Washington eingerichtet habe. Mit dem Umzug des Landtages in die ehemalige Marineakademie, das heutige Landeshaus, trat die

Regelung im Mai 1950 in Kraft. Die angrenzenden Straßen waren damit für Demonstrationen und öffentliche Versammlungen tabu.

### 1974: Schutzzonen und Schüttelreime

Bei dem ursprünglichen Bannkreis sollte es nicht bleiben. Die ausgehenden 60er und beginnenden 70er Jahre waren von kulturellen Umbrüchen, politischen Demonstrationen und Protestwellen der Studentenbewegung geprägt. Viele Landesparlamente erweiterten ihre Sperrzonen. So auch Schleswig-Holstein: Nach mehreren tumultartigen Studentendemonstrationen gegen das Landeshochschulgesetz unternahm die CDU 1974 den Vorstoß, das Bannkreisgesetz zu verschärfen. Innenminister Rudolf Titzck begründete den Schritt damit, dass die Grenzen der Tabuzone „nicht mehr den gegebenen örtlichen Verhältnissen ent-

sprechen“. Die SPD-Fraktion hielt den Schritt hingegen für überflüssig. Den Sozialdemokraten missfiel besonders, dass die Krusenköppl, ein kleiner Park schräg gegenüber dem Landeshaus, einbezogen werden sollte. Der Abgeordnete Klaus Klingner, später Justizminister, protestierte in der Februar-Sitzung 1974 mit einem Limerick: „Einst freute hier viele / ein Park Tom Kyle / Nun kommt er in Bann / wofür er nichts kann / Ich frag' mich: Wen führt das zum Ziele?“ Tom Kyle ist der mittelalterliche Name der Stadt Kiel.

Trotz des poetischen Plädoyers bestand die Union aber darauf, auch die Krusenköppl in den Sperrbezirk einzuschließen. Denn sollte es zu Ausschreitungen kommen, sei die Polizei nicht in der Lage, „Demonstranten zurückzudrängen, wenn sie von dort oben gegen das Landeshaus vorgehen sollten“, so der CDU-Abgeordnete Rolf Olderog. Nach Zugeständnissen, andere Flächen aus dem



2010: Ballons.  
Etwa 15.000 Menschen protestieren gegen Sparpläne bei der Lübecker Uni – direkt vor den Türen des Landeshauses.

Bannkreis wieder herauszunehmen, beschlossen CDU, SPD und SSW das Gesetz im September 1974 einstimmig.

### 1990: „Weg damit!“

1990 standen die Zeichen in Schleswig-Holstein auf Neuanfang: Eine umfassende Verfassungs- und Parlamentsreform sollte das durch die Kieler Affäre belastete Verhältnis zwischen Politik und Bürgern neu beleben. Im Zuge dieser Reform sprach sich die SPD-Fraktion dafür aus, die Bannmeile abzuschaffen. Damit könne sich die Politik

offener zeigen und die faktische Distanz zu den Bürgern aufheben, appellierte die SPD-Abgeordnete Ursula Kähler an ihre Kollegen: „Wenn die Kluft zwischen Politik und Gesellschaft nicht noch größer werden soll, dann tun wir gut daran, den Dialog zwischen Parlament und Bevölkerung nicht noch zu erschweren.“ Im Übrigen sei das Bannkreisgesetz antiquiert und vordemokratisch, so die Sozialdemokratin. Es passe „allenfalls in die Zeit der Zwanzigerjahre“.

Die CDU, 1990 in der Opposition, tat sich schwer mit dem Vorstoß. Sie suchte nach einem

Kompromiss: So könne der Bannkreis verkleinert und flexibel gehandhabt werden. Komplette aus der Welt schaffen solle man den Schutzschirm aber nicht, forderte der Abgeordnete Peter Aniol. Er lehnte es ab, eine „urdemokratische Einrichtung“ zu schleifen, nur um „ein wenig Schönwetterdemokratie zu betreiben“.

Beistand erhielt die CDU von Innenminister Hans Peter Bull (SPD). Als Zuständiger für die Polizei gab er zu, selbst „kein glühender Anhänger“ der Idee zu sein, die Bannmeile zu beseitigen. Der Gedanke an eine mögliche Zusatzbelastung der Polizei behagte Bull nicht. Trotzdem stellte er sich dem Wunsch seiner Fraktion nicht entgegen. Eindeutiger fiel das Urteil von SSW-Mann Karl Otto Meyer aus: „Der Bannkreis ist überholt. Weg damit!“ Gegen die Stimmen der CDU beschlossen SPD und SSW im September 1990, die Bannmeile ersatzlos zu streichen.

### 2015: Direkter Austausch ist selbstverständlich

Seitdem enden Demonstrationen erst auf den Stufen des Landeshauses – häufig im

direkten Gespräch mit Abgeordneten und Ministern. Eine Nähe, die gewollt ist, wie Landtagspräsident Klaus Schlie betont: „Heute ist es ein bewährter Teil unserer demokratischen Kultur in Schleswig-Holstein, dass Politiker und Bürger vor dem Landeshaus den direkten Austausch suchen.“

Der Kieler Landtag war das erste Parlament, das seine Bannmeile aufgab und die Demonstranten bis vor die Tür „einlud“. Mittlerweile haben andere Länder nachgezogen: Der Thüringer Landtag löste die Sperrzone 2010 auf, Niedersachsen will sie laut Koalitionsvertrag in der laufenden Wahlperiode abschaffen. Und auch auf Bundesebene zeigt man sich inzwischen bürgernah: Mit dem Umzug von Bonn nach Berlin im Jahr 1999 wurde die Bannmeile durch einen „befriedeten Bezirk“ abgelöst. Waren Demonstrationen am Rhein noch grundsätzlich verboten, sind sie an der Spree nun erlaubt, sofern sie die Arbeit der Volksvertreter nicht beeinträchtigen.

*Vivien Albers*



Der damalige Innenminister und spätere Landtagspräsident Rudolf Titzck (CDU) plädierte im Februar 1974 dafür, den Bannkreis „im Interesse der Sicherung der Belange des Landtages so weit wie nötig“ zu fassen.



Die SPD-Abgeordnete Ursula Kähler argumentierte im Juni 1990 gegen die Sperrzone: „Der Bannkreis entspricht wahrlich nicht mehr dem heutigen Parlamentsverständnis.“

## PERSONALIEN



**Torge Schmidt** ist erneut Vorsitzender der Piratenfraktion. Er wurde Ende Juli wieder in dieses Amt gewählt. Zwei Wochen zuvor waren Schmidt und der restliche Vorstand zurückgetreten. Sie hatten mit ihrem Konzept für das Wahljahr 2017 keine Mehrheit innerhalb der sechsköpfigen Fraktion erhalten. Die weiteren Vorstandsposten: Patrick Breyer ist stellvertretender Vorsitzender, Uli König Parlamentarischer Geschäftsführer und Sven Krumbek stellvertretender Parlamentarischer Geschäftsführer.

**Kai Vogel**, SPD-Abgeordneter aus Pinneberg, ist vom Landtag im Oktober einstimmig zum Schriftführer gewählt worden. Er löst Kirsten Eickhoff-Weber ab, die zur stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Sozialdemokraten aufgestiegen ist. Fraktionskollege Thomas Hölck wurde Vogels Stellvertreter. Die Schriftführer assistieren dem Landtagspräsidenten bei der Leitung der Plenarsitzung.

## Blickpunkt Wahljahr 2017

Der erweiterte CDU-Landesvorstand hat Mitte September in Neumünster den Landesvorsitzenden **Ingbert Liebing** zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2017 nominiert. +++ Ein SSW-Parteitag in Husum hat Ende September **Lars Harms**, Vorsitzender der SSW-Landtagsgruppe, zum Spitzenkandidaten für die Landtagswahl 2017 ausgerufen. +++

**Flemming Meyer** ist Ende September in seinem Amt als SSW-Vorsitzender bestätigt worden. Ein Parteitag in Husum wählte ihn einstimmig. Meyer steht der Partei der dänischen Minderheit seit 2005 vor.

**Johann Wadephul**, ehemaliger CDU-Fraktionschef und seit 2009 Bundestagsabgeordneter, ist seit Anfang September Co-Vorsitzender des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat. Das Gremium wählte ihn in Berlin einstimmig. Wadephul wechselt sich bei der Leitung mit dem Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) ab. Dem Vermittlungsausschuss gehören je 16 Vertreter des Bundestages und der Länder an. Er kommt zusammen, wenn vom Bundestag beschlossene Gesetze im Bundesrat keine Mehrheit finden. Wadephul gehörte dem Landtag von 2000 bis 2009 an.

**Tilo von Riegen** ist seit 1. Oktober Schleswig-Holsteins neuer Landeswahlleiter. Er ist Nachfolger von Manuela Söller-Winkler, die seit September 2014 Staatssekretärin im Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten ist.

**Peter Harry Carstensen**, ehemaliger CDU-Abgeordneter und Ministerpräsident, ist Ende September in Berlin mit der Professor-Niklas-Medaille in Gold geehrt worden – der höchsten Auszeichnung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Damit werde gewürdigt, dass er sich als Vorsitzender des Agrarausschusses des Deutschen Bundestages (1994 bis 2002) gegen Hunger und Unterernährung stark gemacht habe, so das Bundesministerium.

### So ist es richtig

In unserer Gratulation zu seinem 70. Geburtstag haben wir den ehemaligen Abgeordneten Günter Fleskes in unserer letzten Ausgabe der CDU zugeordnet. Fleskes ist jedoch Mitglied der SPD. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen.

## NACHRUUF

## Trauer um Jens Ruge

Der Landtag hat in seiner September-Tagung des ehemaligen Abgeordneten Jens Ruge gedacht. Der FDP-Politiker war am 1. August, wenige Tage vor seinem 77. Geburtstag, verstorben. Ruge gehörte dem Landtag von 1975 bis 1983 sowie 1987/88 an.



Im Landesparlament wirkte der in Kiel geborene Verwaltungsjurist vor allem im Innen- und Rechtsausschuss. Zudem vertrat er die Liberalen im Barschel/Pfeiffer-Untersuchungsausschuss. Ruge war daneben Landesvorsitzender der Jungdemokraten, Kommunalpolitiker im Kreis Rendsburg-Eckernförde sowie über viele Jahre im Landesvorstand der FDP.

Der Verstorbene habe die liberale Politik in Schleswig-Holstein nachhaltig geprägt, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie und erinnerte an einen Menschen, „den viele von uns als eine besonders herzliche und humorvolle Persönlichkeit kannten.“ Schlie hob Ruges Engagement für die Parlamentarische Gesellschaft und für den Hilfs- und Unterstützungsfonds für Polizeibeschäftigte hervor. Auch als Landesvorsitzender der Europa-Union von 2006 bis 2010 habe Ruge Maßstäbe gesetzt und sich mit „unermüdlichem Einsatz für die europäische Idee und die friedliche Einigung unseres Kontinents“ eingesetzt, sagte der Landtagspräsident.

## RUNDE GEBURTSTAGE

**Friedrich Noll** aus Itzehoe, von 1962 bis 1971 für die SPD im Landtag, hat am 29. August seinen **95. Geburtstag** gefeiert.

**Prof. Walter Braun** aus Flintbek, von 1971 bis 1987 für die CDU im Landtag, Kultusminister von 1969 bis 1979, Sozialminister von 1979 bis 1983, hat am 6. August seinen **85. Geburtstag** gefeiert.

**Heiko Hoffmann** aus Bad Schwartau, von 1973 bis 1992 für die CDU im Landtag, Justizminister von 1985 bis 1988, Oppositionsführer von 1988 bis 1991, hat am 14. August seinen **80. Geburtstag** gefeiert.

**Thomas Lorenzen** aus Meyn, von 1979 bis 1992 für die CDU im Landtag, hat am 23. Juli seinen **75. Geburtstag** gefeiert.

**Rolf Rüdiger Reichardt** aus Bargtheide, von 1987 bis 1988 für die CDU im Landtag, hat am 18. September seinen **75. Geburtstag** gefeiert.

**Ulrich Meyenberg** aus Stockelsdorf, von 1983 bis 1990 für die SPD im Landtag, hat am 22. September seinen **75. Geburtstag** gefeiert.

**Rainer Ute Harms** aus Bilsen, von 1971 bis 1988 für die CDU im Landtag, hat am 6. Oktober seinen **75. Geburtstag** gefeiert.

**Wolfgang Fuß** aus Kuddewörde, von 2000 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 25. Juli seinen **70. Geburtstag** gefeiert.

**Wilhelm-Karl Malerius** aus Brunsbüttel, von 2000 bis 2005 für die SPD im Landtag, hat am 27. September seinen **70. Geburtstag** gefeiert.

**HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH!**

## Der Land-Tag in LEICHTER SPRACHE

Alle Menschen sollen verstehen, was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und dem Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte Sprache zu schreiben.



Im September haben die Bauern gegen das neue Naturschutz-Gesetz demonstriert. Sie sind mit ihren Traktoren zum Landes-Haus gefahren. Dort haben sie Minister Habeck getroffen. Sie haben ihm gesagt, warum sie sich über das Gesetz ärgern.

## Neues Gesetz zum Schutz von der Natur

Robert Habeck ist der Minister für Umwelt und Land-Wirtschaft. Er findet: Es gibt nicht mehr genug Natur. Weil Straßen gebaut werden. Oder Wind-Räder. Deswegen hat er Ideen für ein neues Gesetz. Zum Beispiel soll jeder auf Feldern und Äckern spazieren gehen dürfen. Aber nur nach der Ernte. Der Minister glaubt: So können die Menschen mehr Natur erleben.

Darüber ärgern sich viele Bauern. Sie sagen: Die Felder gehören uns. Wenn jeder darauf herum laufen darf, gehen die Felder kaputt. Dann können wir nächstes Jahr nichts mehr anbauen.

Auch Politiker aus der Opposition finden das nicht gut. Heiner Rickers von der CDU sagt: Die Menschen wissen nicht, wann die Ernte ist. Vielleicht laufen sie auch vor der Ernte auf die Felder. Dann geht die Ernte kaputt.

Die Politiker aus der Opposition mögen auch andere Ideen nicht. Zum Beispiel den Biotop-Schutz. Das heißt: Alte Wiesen und Sümpfe sollen geschützt werden. Dann leben dort auch wieder

mehr Tiere. Das nennt man Biotop. Auch Wiesen und Sümpfe von Privat-Leuten sollen geschützt werden. Heiner Rickers sagt: Man darf den Privat-Leuten ihre Wiesen nicht wegnehmen. Vielleicht möchten sie dort ja etwas anbauen.

Sandra Redmann von der SPD unterstützt Minister Habeck. Sie findet: Das Gesetz ist gut und wichtig. Viele Tiere sterben aus. Weil sie nicht mehr genug Platz haben. Und unser Wasser ist nicht mehr sauber. Weil die Menschen die Natur verschmutzen. Darum müssen wir die Natur besser schützen. Das macht das neue Gesetz, sagt Sandra Redmann.

### ERKLÄRUNG:

Opposition: Die Abgeordneten der Opposition gehören nicht zur Regierung. Sie wollen vieles anders machen als die Regierung. Die Opposition hofft, bald selbst zu regieren.

Sandra Redmann (SPD) sagt: Wir wollen ein Naturschutz-Gesetz, das den Namen auch verdient.



## „Gorch Fock“:

### Kadetten berichten von Bord



Segelreffen vor Madeira

Das Segelschulschiff der Bundesmarine, die „Gorch Fock“, ist seit 1982 Patenschiff des Landtages. Ende August ist die Dreimastbark von Kiel aus zu ihrer 168. Auslandsreise in See gestochen. Stationen sind Dublin, Funchal auf Madeira, Cadiz und Dartmouth. Ende November wird das Schiff in Wilhelmshaven erwartet. Der Landtag begleitet die „Gorch Fock“ auf ihrem Törn: über ein Online-Reisetagebuch mit Fotos und Berichten der Kadetten. Alle ein bis zwei Wochen erzählen die Offiziersanwärter auf [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) unter der Rubrik „Service“ über das Leben und Lernen an Bord. Zudem kann die Schiffsposition fortlaufend auf einer Karte verfolgt werden.

Hier einige Ausschnitte aus den Berichten von hoher See:

30. August 2015:

„Konnte der eine oder andere Sanitätsoffiziersanwärter (SanOA) zu Anfang den Seegang kaum erwarten, sind jetzt viele froh, die drei Meter hohen Wellen von gestern sowie die damit einhergehende Seekrankheit hinter sich gelassen zu haben. Die Hängematte, die uns als Schlafstätte dient, hat die aus dem Seegang resultierenden Bewegungen ganz gut ausgeglichen. Daher wünschten sich einige, dorthin zurückkehren zu können. Glücklicherweise ließ der Seegang nach, und mit der Zeit passten die SanOA sich auch an den gewöhnungsbedürftigen Schlafrhythmus der Seewache an. Für viele ist es das erste Mal, um 23 Uhr wieder aufzustehen, um von 0 Uhr bis 4 Uhr auf Segelwache aufzuziehen und um 6:20 Uhr wieder zum Tagesdienst geweckt zu werden.“

Insgesamt vier Personen sind bei normalen Wetterverhältnissen

nötig, um das Steuerrad mit Muskelkraft zu bedienen, denn hier wird die Wirkung auf das Ruderblatt rein mechanisch übersetzt. Die übrigen SanOA der stehenden Segelwache sitzen auf dem Oberdeck, lernen Seemannsknoten oder nähen unter fachkundiger Anleitung einen Seesack, der auch eine schöne Erinnerung an die Zeit auf der „Gorch Fock“ darstellt. Die etwas Schnelleren machen unterdessen Pause und lernen für ihre „10 von 10“ (Nagelkunde), einen Test, den jeder dreimal bestehen sollte. Jedes Segel wird mit bestimmtem Tauwerk bedient und dem dazugehörigen Nagel gehalten, auf dem das Tauwerk belegt wird. Um während eines Segelmanövers nicht die falsche Leine zu bedienen, muss jeder wissen, welcher der knapp 200 verschiedenen Nägel gemeint ist. Dieses Wissen wird bewiesen, wenn zehn zufällig genannte Nägel sicher gezeigt werden.“

SanOA Julia Frey

7. September 2015:

„Vorne am Ausguck singt der Posten dick eingepackt sein Lied: ‚Auf der Back ist alles wohl, die Laternen brennen.‘ Die Rudergänger halten auf der Hütte den Kurs. Der Posten Rettungsboje antwortet von achtern: ‚Auch die Hecklaterne brennt.‘ Der Rest der Segelwache hält sich bereit. Wir befinden uns zwischen den Orkney- und den Shetland-Inseln bei rund zwölf Grad Celsius und 13 Knoten Wind. Seit zweieinhalb Stunden stehen wir schon, anderthalb haben wir noch vor uns, bis die aufziehende Segelwache uns ablöst und die nächsten vier Stunden steht.“

Zwei Wachen später plötzlich der Ruf von der Rettungsboje: ‚Boje über Bord, Boje über Bord.‘ Zur Übung ist mittlerweile schon zum dritten Mal unsere Boje über Bord gegangen. Wusste zu Beginn

noch niemand genau, an welchen Platz er gehört, so laufen jetzt alle zielgerichtet zu ihren Posten. Nach acht Minuten ist die Boje gefischt und der Tagdienst geht weiter.“

SanOA Sarah Koch

29. September 2015:

„Nach Unterricht, Seewache und dem täglichen „Reinschiff“ (maritimer Begriff für das tägliche Reinigen der Decks und Räume) kann sich wer will an Oberdeck zum Bordchor einfinden, um bei Liedern wie „Gorch Fock Lied“ oder „What Shall We Do With the Drunken Sailor“ eine Auszeit von einem ereignisreichen Seetag zu nehmen. Auch am Wochenende tut die Wache ihren Dienst, doch die restliche Zeit steht einem zum Lernen, Entspannen oder sonstigen Aktivitäten zur Verfügung. Die einen sonnen sich auf dem Vorschiff, während die anderen das Mitteldeck in ein Minibaseballfeld verwandeln, der wenige Platz macht erfinderisch. Nach schon einer Woche auf See haben sich alle gut eingelebt, die Wachhälften werden routinierter und die anfangs verwirrende Take-lage und das komplexe System unserer 23 Segel werden immer verständlicher. Abschließend lässt sich Folgendes sagen und zusammenfassen: Wir sind angekommen, ziehen an einem Strang, sind zu einer Crew und einem Teil des Schiffes geworden.“

HG (OA) Farina Bauer und  
HG (OA) Friedrich Hofmann



Rudergänger auf der Reise von Dublin nach Funchal

## ZU BESUCH IM LANDESHAUS

Der luxemburgische Botschafter Georges Santer berichtete Anfang Oktober über die EU-Ratspräsidentschaft seines Landes im zweiten Halbjahr dieses Jahres. In Zentrum der Diskussion mit rund 50 Gästen der Europa-Union: die Harmonisierung der Steuersysteme in der EU.



Juan Esteban aus Kolumbien war einer von 65 Blutspendern, die sich Mitte September im Landeshaus zur Ader ließen. Anlass war die alljährliche Blutspende-Aktion des Deutschen Roten Kreuzes. Der Informatiker studiert an der Fachhochschule Kiel.



Die „Kinderküche auf Tour“ machte Mitte September vor dem Landeshaus Station. Mit dieser Aktion will der Kinderschutzbund beim Nachwuchs für eine ausgewogene Ernährung werben. Landtagspräsident Klaus Schlie und Irene Johns, Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, stellten gemeinsam mit einer Deutsch-als-Zweitsprache-Klasse aus Kiel Obstspieße her.



Die nordrhein-westfälische Landtagspräsidentin Carina Gödecke und das Präsidium des Düsseldorfer Landtages waren im September drei Tage lang in Schleswig-Holstein unterwegs. Ihr Kieler Amtskollege Klaus Schlie begrüßte sie im Landeshaus. Mit dem Ältestenrat sprachen die Gäste aus NRW über die jüngste Verfassungsreform im Norden. Auch an Rhein und Ruhr steht eine Überarbeitung der Landesverfassung an.



Die Erntekrone verziert auch in diesem Herbst wieder die Eingangshalle des Landeshauses. Vertreter der Landjugend aus dem Kreis Plön brachten das Schmuckstück Mitte Oktober in den Landtag.

## ABGEORDNETE IM PORTRAIT:

**Jürgen Weber, SPD**  
geb. am 31. März  
1955 in Kappeln  
wohnt in Kiel  
eine Tochter,  
zwei Söhne  
Historiker



**Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...**

... hoffentlich der Versuchung widerstehen, alleine zu entscheiden. Wenn ich schwach werden sollte, wäre es an der Zeit, eine gerechte und moderne Erbschafts- und Vermögenssteuer zu schaffen.

**Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...**

... mir das Sekretariat des Ostseerates in Stockholm aussuchen.

**Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich ...**

... Politik(Demokratie)-Unterricht in der Schule ausweiten, die Angebote außerschulischer politischer Bildung deutlich besser ausstatten und es ansonsten den Jugendlichen selbst überlassen, ob und wie sie sich mit Politik befassen wollen.

**Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...**

... versucht sein, auf den meisten Sendern nur das Testbild laufen zu lassen. Hilft aber leider nicht nachhaltig. Deswegen lasse ich es einfach.

**Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich ...**

... ihm eine Segelpartie auf der Schlei, ein Spiel im Holstein-Stadion und anschließend einen Opernabend auf dem Kieler Rathausplatz empfehlen.

**Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich ...**

... sie privat nutzen, meine Kinder mitnehmen und meine Eltern besuchen, die ihre Enkel leider nicht haben kennenlernen und erleben dürfen.

**Patrick Breyer,**  
Piraten  
Jurist



**Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich ...**

... einen Volksentscheid über die Einführung von mehr direkter Demokratie in Schleswig-Holstein durchführen, um die geliehene Macht des Parlaments teilweise an die Bürger zurückzugeben. Schleswig-Holstein sollte zur „Schweiz des Nordens“ werden!

**Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich ...**

... nach einer erfolgreichen Bundestagswahl für die Piraten in den Bundestag einziehen, um gegen den Überwachungs-wahn und für Transparenz und echte Bürgerbeteiligung auf Bundesebene zu kämpfen.

**Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich...**

... beim Landtag einen ständigen Kinder- und Jugendbeirat einrichten, in dem junge Menschen ihre bisher unterbelichteten Themen immer wieder selbst auf die politische Agenda setzen können.

**Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ...**

... eine Veranstaltung zur Beteiligung der Zuschauer an der Programmgestaltung übertragen lassen, beispielsweise mit Abstimmungen über einzelne Formate.

Zu Beginn wird darüber informiert, wie unsere Rundfunkbeiträge bisher verwendet werden und von wem bekannte Nachrichtenredakteure und -moderatoren Nebeneinkünfte beziehen.

**Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Schleswig-Holstein-Urlaub fragt, würde ich ...**

... ohne nachzudenken die nordfriesischen Inseln empfehlen, wo ich selbst schon in jungen Jahren Sandburgen gebaut und Windsurfen gelernt habe.

**Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich ...**

... in der Zukunft nachsehen, wie es sich in einem Überwachungsstaat lebt, um diese Entwicklung heute aufhalten zu können.

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

#### Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Tobias Rischer (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1120, tobias.rischer@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Vivien Albers (Volontärin)

Tel. 0431/988-1123, vivien.albers@landtag.ltsh.de

#### Fotos:

R. Baltuschun, T. Eisenkrätzer, M. August, K. Blaas, V. Albers, J. Wergin, Landesarchiv, C. Lipovsek, Bundesmarine/Miatke, Stadtarchiv Kiel/Friedrich Magnusson, Kunsthalle St. Annen Lübeck, Landeshauptstadt Kiel, Alex Oakenman, Cora Müller

#### Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de

#### Gestaltung, Layout:

Agentur LOADSMAN / I. Schumacher, Arp-Schnitger-Weg 38, 24229 Strande, www.loadsmann.de

#### Herstellung, Druck:

Druckgesellschaft Joost & Saxen, Eckernförder Str. 239 24119 Kronshagen, www.druckgesellschaftmbh.de

#### Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)  
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L149, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988 1163, Fax 0431/988 1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. Oktober 2015

Der Landtag im Internet: [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de)

## TERMINE, TERMINE ...

### „Ostseeforum“ zum Ukraine-Konflikt

Die Spannungen in der Ukraine haben das Verhältnis vieler europäischer Staaten zum großen Nachbarn Russland getrübt. Welchen Beitrag kann die gemeinsame Ostseepolitik leisten, um die Beziehungen wieder zu verbessern? Hierüber diskutieren Politiker, Journalisten und Wissenschaftler am 16. November beim „Ostseeforum“ im Plenarsaal. Teilnehmer der Podiumsdiskussion sind unter anderem Europaministerin Anke Spoorendonk, der ehemalige brandenburgische Ministerpräsident und jetzige Vorsitzende des Deutsch-Russischen Forums Matthias Platzeck sowie Tobias Etzold von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Die Moderation übernimmt Andrea Jedich vom NDR.

Die Veranstaltung beginnt um 17:00 Uhr und endet gegen 19:00 Uhr. Interessierte werden gebeten, sich bis zum 9. November bei der Europa-Union anzumelden: Tel.: 0431/933 33 oder [info@europa-union-sh.de](mailto:info@europa-union-sh.de)

### Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im Herbst wieder im Lande unterwegs, um interessierte Bürger vor Ort zu beraten.

**Donnerstag, 5. November: Lübeck**  
**Dienstag, 17. November: Heide**  
**Donnerstag, 3. Dezember: Lübeck**  
**Dienstag, 15. Dezember: Heide**

Die Termine in **Heide** finden bei der Deutschen Rentenversicherung Nord statt. Stiftstr. 21, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Die Termine in **Lübeck** finden bei der Deutschen Rentenversicherung Nord statt. Ziegelstr. 150, 10:00 bis 17:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich.  
Telefon: 0431/988-1240.

Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in Kiel, Karolinenweg 1: jeden Mittwoch von 15:00 bis 18:30 Uhr.

### Zukunftskongress der CAU im Landtag

Anlässlich ihres 350-jährigen Jubiläums nimmt die Christian-Albrechts-Universität Kiel (CAU) die Rolle der Universitäten im 21. Jahrhundert unter die Lupe. Gemeinsam mit dem Landtag lädt die CAU am 7. und 8. November zum „Zukunftskongress“ ins Landeshaus.

An diesem Wochenende präsentieren deutsche und internationale Wissenschaftler ihre Arbeit und stellen sich der Diskussion. Themen der Vorträge und Gesprächsrunden sind beispielsweise die Zukunft der Medizin, der Ozean der Zukunft und die Herausforderungen für Geistes- und Wirtschaftswissenschaften. Zudem geht es um die universitäre Lehre und die Nachwuchsförderung. Landtagsabgeordnete werden einige der Gesprächsrunden moderieren.

Die Veranstaltung beginnt am Sonnabend, den 7. November, um 13:00 Uhr. Eine abschließende Diskussion steht am Sonntag, den 8. November an. Der Zukunftskongress endet gegen 18:30 Uhr. Mehr Infos gibt es unter [www.uni-kiel.de/cau350](http://www.uni-kiel.de/cau350)

### Moderne Bilder und Skulpturen:

#### Andy Warhol im Landtag

Bilder und Skulpturen aus der Zeit seit 1945 sind im Herbst im Landeshaus zu sehen – darunter der berühmte pinke Holstentor-Siebdruck des Amerikaners Andy Warhol. Der Pop-Art-Künstler schuf dieses Werk anlässlich einer Ausstellung in der Hansestadt 1980.

Der Landtag und die Investitionsbank Schleswig-Holstein präsentieren vom 25. November bis zum 20. Dezember Werke aus der Kunsthalle St. Annen in Lübeck. Es ist die inzwischen siebte Ausstellung der Reihe „KunSt aktuell im LandesHaus“. Gezeigt wird eine breite Auswahl an Werken – von realistischen Darstellungen über Mischformen von Figuration mit nonfigurativen Malweisen bis hin zur vollkommenen Abstraktion. Neben Andy Warhol werden Maler wie Max Neumann, Harald Duwe, Walter Stöhrer und Peter Klasen vorgestellt. Daneben sind auch skulpturale Arbeiten von Bildhauern wie Lothar Fischer, Michael Schoenholtz oder Walter Libuda zu sehen.

Anlass ist ein doppelter Geburtstag: In diesem Jahr feiert Lübeck das 500-jährige Bestehen des St.-Annen-Klosters und das 100-jährige Jubiläum des St.-Annen-Museums.

Die Ausstellung ist täglich von 10:00 bis 18:00 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei, bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Am 24. November um 19:00 Uhr lädt der Landtag zur Eröffnung. Interessierte werden gebeten, sich unter [anmeldung@landtag.ltsh.de](mailto:anmeldung@landtag.ltsh.de) anzumelden.



Das Landeshaus präsentiert einen New Yorker in Lübeck:  
der Holstentor-Druck von Andy Warhol

### Gedenken am Volkstrauertag

Der Landtag, die Landesregierung, die Stadt Kiel sowie der Volksbund Kriegsgräberfürsorge laden am Volkstrauertag zur zentralen Gedenkstunde für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Die Veranstaltung am Sonntag, den 15. November, beginnt um 11:30 Uhr im Plenarsaal. Die Gedenkrede hält Ministerpräsident Torsten Albig. Landtagspräsident Klaus Schlie spricht das Totengedenken. Das Holzbläserquintett des Marinemusikkorps Kiel gestaltet die musikalische Umrahmung.

Interessierte werden gebeten, sich bis zum 6. November beim Volksbund anzumelden. Tel.: 0431/9066199 oder [info@volksbund-sh.de](mailto:info@volksbund-sh.de)



Nr. 3/2015 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zutreffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen und korrigiert zurücksenden an:

Schleswig-Holsteinischer Landtag,  
Referat für Öffentlichkeitsarbeit und  
Veranstaltungsmanagement, L149,  
Postfach 7121, 24171 Kiel

## Sitzungskalender des Schleswig-Holsteinischen Landtages 2016

JANUAR		FEBRUAR		MÄRZ		APRIL		MAI		JUNI	
01 Fr	Neujahr	01 Mo		01 Di		01 Fr		01 So	Maifeiertag	01 Mi	
02 Sa		02 Di		02 Mi		02 Sa		02 Mo		02 Do	
03 So		03 Mi		03 Do		03 So		03 Di		03 Fr	
04 Mo		04 Do		04 Fr		04 Mo		04 Mi		04 Sa	
05 Di		05 Fr		05 Sa		05 Di		05 Do	Himmelfahrt	05 So	
06 Mi	Hl. Drei Könige	06 Sa		06 So		06 Mi		06 Fr		06 Mo	
07 Do		07 So		07 Mo		07 Do		07 Sa		07 Di	
08 Fr		08 Mo		08 Di	Int. Tag der Frau	08 Fr		08 So		08 Mi	
09 Sa		09 Di		09 Mi		09 Sa		09 Mo	Europatag	09 Do	
10 So		10 Mi		10 Do		10 So		10 Di		10 Fr	
11 Mo		11 Do		11 Fr		11 Mo		11 Mi		11 Sa	
12 Di		12 Fr		12 Sa		12 Di		12 Do		12 So	
13 Mi		13 Sa		13 So		13 Mi		13 Fr		13 Mo	
14 Do		14 So		14 Mo		14 Do		14 Sa		14 Di	
15 Fr		15 Mo		15 Di		15 Fr		15 So	Pfingsten	15 Mi	
16 Sa		16 Di		16 Mi		16 Sa		16 Mo		16 Do	
17 So		17 Mi		17 Do		17 So		17 Di		17 Fr	
18 Mo		18 Do		18 Fr		18 Mo		18 Mi		18 Sa	
19 Di		19 Fr		19 Sa		19 Di		19 Do		19 So	
20 Mi		20 Sa		20 So		20 Mi		20 Fr		20 Mo	
21 Do		21 So		21 Mo		21 Do		21 Sa		21 Di	
22 Fr		22 Mo		22 Di		22 Fr		22 So		22 Mi	
23 Sa		23 Di		23 Mi		23 Sa		23 Mo	Tag d. Grundgesetzes	23 Do	
24 So		24 Mi		24 Do		24 So		24 Di		24 Fr	
25 Mo		25 Do		25 Fr	Karfreitag	25 Mo		25 Mi		25 Sa	
26 Di		26 Fr		26 Sa		26 Di		26 Do		26 So	
27 Mi	Holocaust-Gedenktag	27 Sa		27 So	Ostern *	27 Mi		27 Fr		27 Mo	
28 Do		28 So		28 Mo		28 Do		28 Sa		28 Di	
29 Fr		29 Mo		29 Di		29 Fr		29 So		29 Mi	
30 Sa				30 Mi		30 Sa		30 Mo		30 Do	
31 So				31 Do				31 Di			

\* Uhrenumstellung

JULI		AUGUST		SEPTEMBER		OKTOBER		NOVEMBER		DEZEMBER	
01 Fr		01 Mo		01 Do		01 Sa		01 Di		01 Do	
02 Sa		02 Di		02 Fr		02 So		02 Mi		02 Fr	
03 So		03 Mi		03 Sa	NORLA	03 Mo	Tag der Dt. Einheit	03 Do		03 Sa	
04 Mo		04 Do		04 So		04 Di		04 Fr		04 So	2. Advent
05 Di		05 Fr		05 Mo		05 Mi		05 Sa		05 Mo	
06 Mi		06 Sa		06 Di		06 Do		06 So		06 Di	
07 Do		07 So		07 Mi		07 Fr		07 Mo		07 Mi	
08 Fr		08 Mo		08 Do		08 Sa		08 Di		08 Do	
09 Sa		09 Di		09 Fr		09 So		09 Mi		09 Fr	
10 So		10 Mi		10 Sa		10 Mo		10 Do		10 Sa	3. Advent
11 Mo		11 Do		11 So		11 Di		11 Fr		11 So	
12 Di		12 Fr		12 Do		12 Mi		12 Sa		12 Mo	
13 Mi		13 Sa		13 Di		13 Do		13 So	Volkstrauertag	13 Di	
14 Do		14 So		14 Mi		14 Fr		14 Mo		14 Mi	
15 Fr		15 Mo		15 Do		15 Sa		15 Di		15 Do	
16 Sa		16 Di		16 Fr	Altenparlament	16 So		16 Mi		16 Fr	
17 So		17 Mi		17 Sa		17 Mo		17 Do		17 Sa	
18 Mo		18 Do		18 So		18 Di		18 Fr		18 So	4. Advent
19 Di		19 Fr		19 Mo		19 Mi		19 Sa		19 Mo	
20 Mi		20 Sa		20 Di		20 Do		20 So		20 Di	
21 Do		21 So		21 Mi		21 Fr		21 Mo		21 Mi	
22 Fr		22 Mo		22 Do		22 Sa		22 Di		22 Do	
23 Sa		23 Di		23 Fr		23 So		23 Mi		23 Fr	
24 So		24 Mi		24 Sa		24 Mo		24 Do		24 Sa	Hl. Abend
25 Mo		25 Do		25 So		25 Di		25 Fr		25 So	Weihnachten
26 Di		26 Fr		26 Mo		26 Mi		26 Sa	Jugend im Landtag	26 Mo	
27 Mi		27 Sa		27 Di		27 Do		27 So	1. Advent	27 Di	
28 Do		28 So		28 Mi		28 Fr		28 Mo		28 Mi	
29 Fr		29 Mo		29 Do		29 Sa		29 Di		29 Do	
30 Sa		30 Di		30 Fr		30 So	Uhrenumstellung	30 Fr		30 Fr	
31 So		31 Mi				31 Mo		31 Mi		31 Sa	Silvester

■ Plenartagung      ■ offener Besucherabend  
■ Schulferien/sitzungsfreie Zeit      ■ offene Besucherabend